

Wöchentlich 50 Bl., monatlich 1,50 M.,  
in voraus zahlbar. Postbezugs 4,20 M.,  
einschließlich 60 Pfg. Postgebühren und  
22 Pfg. Postbescheidgebühren. Auslandbe-  
abonnements 2.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäg-  
lich einmal, Sonntags und Feiertags  
einmal. Die Hausbelegungen für Berlin  
und im Handel mit dem Titel „Der  
Kampf“, „Jahrbuch der Arbeiter“, „Hoff  
und Jäh“ und „Hilfsfreund“, „Jahrbuch  
„Unterhaltung und Wissen“, „Frauen-  
stimme“, „Lehrling“, „Bild in die  
Zukunft“ und „Jugend-Vorwärts“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37506 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten  
und Beamten, Wallstr. 65. Dr. B. u. Dieckhoff, Depositenkasse Lindenstr. 3.

Dienstag  
4. Februar 1930

Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Kampferregung  
40 Blätter, Restante 2.— Reichs-  
markt. „Kleine Anzeigen“ des „Vor-  
wärts“ Wort 25 Pfennig, täglich zwei  
Wochenblätter Wort, jedes weitere Wort  
12 Pfennig. Stellenangebote das erste  
Wort 10 Pfennig, jedes weitere Wort  
10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben  
gehören für zwei Worte. Arbeitsmarkt  
Seite 60 Pfennig, Familienangelegen Seite  
40 Pfennig. Anzeigenannahme im Haupt-  
geschäft Dönhofsstr. 3, wochentägig  
von 8½ bis 17 Uhr.

# Reichstag am 11. Februar.

## Drei Tage Young-Debatte. — Besprechung der Parteiführer.

Der Vorkonvent des Reichstags hat in seiner Sitzung am Montag nachmittag beschlossen, erst am Dienstag, dem 11. Februar, mittags 12 Uhr, die erste Besung des Young-Plans zu beginnen. Am Tage vorher sollen sich die Fraktionen mit diesem Thema beschäftigen.

Für die Aussprache in der ersten Besung wird damit gerechnet, daß zwei Rednerreihen von jeder Fraktion zu Worte kommen, so daß die erste Besung drei Tage in Anspruch nehmen würde. Danach sollen die betreffenden Gesetze zur gemeinschaftlichen Beratung an den Auswärtigen Ausschuss und den Haushaltsausschuss überwiesen werden.

Während dieser Ausschussberatungen sollen im Plenum die Wohnungsgeetze, die Haushaltsordnung und der Nachtragsetat für 1929 beraten werden. Für die weitere Zeit ist in Aussicht genommen, daß der Reichstag bis Ostern durchgezogen wird mit einer einzigen Pause in der Fastenwoche vom 2. bis 9. März.

### Das Liquidationsabkommen.

#### Die Regierung besteht unbedingt auf Annahme.

In einer Konferenz der Führer der Regierungsparteien, die am Montag vormittag unter Vorsitz des Reichskanzlers und in Anwesenheit der meisten Reichsminister in der Reichskanzlei stattfand, erstattete der Außenminister Bericht über den Stand der Saarverhandlungen und über den deutsch-polnischen Liquidationsvertrag. Es schloß sich daran eine Aussprache, in der von verschiedenen Seiten Bedenken gegen den Inhalt des Liquidationsabkommens erhoben wurden. Eine Festlegung der Fraktionen erfolgte nicht. Sie war in diesem Stadium von der Regierung auch nicht verlangt worden. Reichskanzler und Außenminister stehen jedoch keinen Zweifel darüber, daß das Kabinett auf der Verabschiedung des Liquidationsvertrages gleichzeitig mit den Young-Gesetzen unbedingt besteht.

Nach im Laufe dieser Woche wird eine zweite Fraktionsführerbesprechung einberufen werden, die sich mit den Finanz- und Steuerfragen beschäftigen soll.

### Reichenhauers Deckungsprogramm.

#### Bedeutliche Vorschläge.

Von bürgerlicher Seite wird gemeldet, daß Reichsfinanzminister Reichenhauer beabsichtigt, den Ausgleich des Reichshaushalts 1930 zum Teil durch die Herstellung einer Gefahren-

gemeinschaft zwischen der Arbeitslosenversicherung und der Sozialversicherung zu erzielen. Die Sozialdemokratie muß gegen ein derartiges Deckungsprogramm schwerste Bedenken erheben.

Der Gedanke der Gefahrengemeinschaft beruht auf der Ueberlegung, daß die Invalidenversicherung zur Zeit Ueberschüsse erzielt, die sie zur Bildung einer Reserve verwendet, während die Arbeitslosenversicherung einen Fehlbetrag aufweist. In einigen Jahren wird eine völlige Umkehrung dieses Zustandes erwartet. Die Invalidenversicherung wird wachsende Rentenansprüche zu befriedigen haben, für die die laufenden Beitragseinnahmen nicht ausreichen, so daß die jetzt angesammelte Reserve zu Hilfe genommen werden muß. Die Arbeitslosenversicherung wird dagegen entlastet, weil der Geburtenausfall während des Krieges sich in einem verminderten Zustrom von Erwerbstätigen zum Arbeitsmarkt auswirkt.

Es ist aber sehr fraglich, ob diese Rechnung stimmen wird. Sicher ist nur der Fehlbetrag bei der Invalidenversicherung, für dessen Deckung die jetzt aufgeammelte Reserve nicht einmal genügen wird. Wahrscheinlich wird auch eine Entlastung des Arbeitsmarktes eintreten, aber es ist schon fraglich, ob diese Entlastung groß genug sein wird, um die Arbeitslosenversicherung instand zu setzen, mit ihren Beitragsleistungen allein auszukommen. Völlig ungewiß bleibt jedoch, ob die Entlastung so groß sein wird, daß die Arbeitslosenversicherung Ueberschüsse erzielen kann, um damit den Fehlbetrag der Invalidenversicherung zu decken. Es besteht also die Gefahr, daß der ganze Plan lediglich auf eine Ausgabenüberschreitung hinausläuft.

Vor allem wird aber bei dem Gedanken einer solchen Gefahrengemeinschaft übersehen, daß die Sozialversicherungsträger ihre Ueberschüsse in der Hauptsache als Kredite für den Wohnungsbau oder für Reich, Länder und Gemeinden verwendet haben. Schon die Leistung des Reichsbeitrags von 164 Millionen zur Invalidenversicherung in Form von Schenkungen statt in bar stellte den Anfang einer Gefahrengemeinschaft zwischen Arbeitslosenversicherung und Invalidenversicherung dar, weil es nur dadurch möglich wurde, im Reichshaushalt 1929 wenigstens 150 Millionen für Darlehen an die Arbeitslosenversicherung bereitzustellen. Die nachteiligen Rückwirkungen auf den Wohnungsbau, die sich dabei herausgestellt haben, müßten sehr besonders ernst sein, weil der Wohnungsbau ohnehin durch die finanziellen Schwierigkeiten in Reich, Ländern und Gemeinden schwer beeinträchtigt wird.

### Ein wertvolles Werkzeug.

#### Faschistentlob für die Kommunisten.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ ist ein ausgesprochenes Unternehmerorgan. Sie begeistert sich für Herrn Mussolini, sie unterstützt alle Bestrebungen, die auf eine plutokratische Umgestaltung der Deutschen Republik hinauslaufen — kurzum, die Stimme der sozialen Reaktion.

Dies Blatt schreibt (Nr. 36) über die Kommunisten:

„Was die Kommunisten selbst betrifft, so haben sie in bestimmten Grenzen für das staatspolitische Leben eine nützliche Funktion. Die Frage ist nur, ob diese Grenzen bereits erreicht oder gar überschritten worden sind.“

Die Kommunisten müssen verhindern, daß die Sozialdemokratie übermächtig wird, sie sind für den bürgerlichen und kapitalistischen Staat so lange ein wertvolles Werkzeug, als sie als Pfahl im Fleische der Sozialdemokraten wirken.

Es kommt hinzu, daß sie als prinzipielle Gegner des Faschismus in ihrer Weise für den Gedanken der Wehrhaftigkeit in Kreisen wirken, die solchen Bestrebungen der Staatspolitik sonst schwer erreichbar sind. Und schließlich ist gegenüber der spießbürgerlichen Possibilität der Sozialdemokratie hinsichtlich Deutschlands außenpolitischer Ohnmacht im Rahmen von Versailles der grundsätzliche Protest der Kommunisten gegen die deutsche Verfassung bis zu einem gewissen Grade ein wertvoller außenpolitischer Faktor.“

Die Kommunisten sind den Unternehmern willkommen

als Spalter der Arbeiterbewegung, als Zutreiber des Militarismus und Nationalismus.

Für den bürgerlichen und kapitalistischen Staat ein „wertvolles Werkzeug“!

Der deutsche Faschismus weiß, was er an seinen Kommunisten hat.

### Preußen und der Staatsgerichtshof.

#### Die Wahlrechtsfrage.

Die Verhandlungen des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich in dem Wahlrechtsstreit wird am 14. und 15. Februar vor dem Reichsgericht in Leipzig stattfinden. Auf Antrag der Volkspartei wird mündlich verhandelt werden.

### Schwarze Listen im Sowjetstaat.

#### Weil der Fünfjahresplan nicht funktioniert.

Die Ergebnisse des Fünfjahresplans auf industriellem Gebiet sind „vollkommen unzureichend“. Das hat das Zentralkomitee der russischen Kommunistischen Partei vor wenigen Tagen selbst in einem Aufruf festgestellt. Dieses Verlangen der russischen Industrielleitung hat Folgen. Aufstand führi schwarze Listen ein für alle Betriebe, Einzelwirtschaftler und gewerkschaftlichen Organisationen, die „Schwachsoll“ hinter den Voranschlägen zurückblieben. Zur Förderung des proletarischen Wettbewerbs!

Im „sozialistischen Vaterland“ schwarze Listen. Nicht für die Urheber des unmöglichen Fünfjahresplans, den die Sowjetseite selbst den besten Weg in einem Wort nennen. Nein, für die Gewerkschaften, „Einzelwirtschaftler“ und Betriebe, also für die ganze Masse der Arbeiter, die den verrückten Plan wahrnehmen sollen. Wächstest du in diesem „sozialistischen Vaterland“ Arbeiter sein?

### Zehn Jahre Betriebsrätegesetz.

#### Kampf um Wirtschaftsdemokratie.

Von Hans Kögler.

1919/20. Ein Rückblick in diese Periode sozialer, politischer und wirtschaftlicher Umwälzung und Umsichtung verlohnt. Was damals verworren, unklar und umstritten war, läßt sich heute übersehen und beurteilen.

Kriegsende und Demobilisierung. Republik statt Monarchie. Umstellung der Kriegswirtschaft zur Friedensproduktion. Achtstundentag. Politische Gleichberechtigung der Arbeiterklasse. Fehlt nur noch eins: die wirtschaftliche Gleichberechtigung, das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter bei der Gestaltung der Wirtschaft, an den Lohn- und Arbeitsbedingungen. Am 11. August 1919 wird auch dies in Artikel 165 der Reichsverfassung niedergelegt.

Am 4. Februar 1920 tritt das Betriebsrätegesetz in Kraft. Lange bevor es da war, wurde schon um Inhalt und Gestaltung gekämpft. Die Unternehmer wehrten sich gegen die gezielte Festlegung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter und versuchten alles, um das kommende Gesetz so unvollkommen und schlecht wie möglich zu formulieren. Die Vertreter der Arbeiterklasse im Parlament dagegen boten alles auf, um die Mitbestimmungsrechte der Arbeiter und Angestellten recht weit zu ziehen. (Den Zeitgenossen zur Erinnerung, daß die proletarischen Parteien noch nie, selbst bei der Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 im Reichstag eine Mehrheit erzielt haben. Von 415 Abgeordneten waren damals 163 SPD und 22 Unabhängige.) Der Schlussabstimmung im Reichstag wohnten draußen vor der großen Treppe viele Tausende demonstrierende Arbeiter bei, die dem Kompromißgesetz die Bluttaufe gaben. Es war mit Opfern geboren und unzählige weitere Opfer — wenn auch nur wirtschaftlicher Art — hat es seither gekostet. Die Leidtragenden waren durchweg die Arbeiter, in erster Linie die Betriebsräte selbst.

Der Kampf um die Auslegung des Gesetzes wurde vielfach mit großer Schärfe geführt. Ein neuer Berufszweig blühte auf, der Beruf des „Sozialpolitikers“ im Betriebsbüro. Die Unternehmer engagierten allenthalben junge Akademiker, die die Aufgabe hatten, das BRG „auszulegen“. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, zeigte sich bald, daß diese Arbeitsrechtler eine Annäherung und Verständigung zwischen Unternehmern und Belegschaft nicht förderten, sondern hemmten. Sie stellten sich zwischen Werkleitung und Betriebsräte und sahen ihre Aufgabe vielfach darin, den Betriebsräten juristisch zu beweisen, daß ihre Forderungen nicht im Einklang mit dem Gesetz ständen, daß sie — ihre Betriebsräte — ihre Befugnisse überschritten, daß sie ihre Pflichten verletzten usw.

Durch diese Syndizal bekamen auch die Schlichtungsstellen und Gerichte reichlich zu tun. Unendlich viel Zeit und Geld, sehr viel Ärger und Unruhe wäre erspart worden, wenn die gelehrten Herren ihre Aufgabe darin gesehen hätten, die Betriebsräte zu belehren, sie einzumeißen in die neuen, ihnen bisher verschlossenen Arbeitsgebiete, um so gemeinsam an dem so notwendigen Aufstieg der Wirtschaft zu wirken.

Es darf ohne Ueberhebung ausgesprochen werden, daß die Männer der Arbeit, die in der damaligen Sturm- und Drangperiode das Amt eines Betriebsrats übernahmen, keinen leichten Stand hatten und außerordentliches geleistet haben. Um manches Unternehmen und um manchen Betriebsleiter hätte es in der Eisdperiode der Inflation schlimm gestanden, hätte nicht der Betriebsrat in den bedrohlichsten Situationen seinen Mann gestanden. Daß es auch auf der Seite der Betriebsräte Außenleiter gab und noch gibt, soll nicht bestritten werden. Allmählich haben sich dann beide Parteien eingeschlimmt, einmal infolge der wachsenden Erkenntnis weiter Unternehmerrfreiheit, daß das neue Gesetz ihnen und der Volkswirtschaft zum Vorteil gereicht, dann aber auch durch das Wirken der Gewerkschaften, die die Betriebsräte in einen einheitlichen Rahmen der Arbeiterbewegung einbezogen. Daß auch in diesem letzteren Punkte anfangs weit auseinanderstrebende Ansichten vorhanden waren, ist ja noch in guter Erinnerung.

Im Hinblick auf Inhalt und Wortlaut des Betriebsrätegesetzes muß nach den Erfahrungen der letzten zehn Jahre mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß es so nicht bleiben kann, sondern daß eine gründliche Neubearbeitung notwendig ist. Die Abänderung der wenigen Paragraphen durch das Zulagegesetz vom 28. Februar 1928 ist völlig unzureichend. Es kommt hinzu, daß über die Auslegung der einzelnen Paragraphen Berge von Literatur und unzählige — sich oft widersprechende — Entscheidungen vorliegen, deren Kenntnis und Handhabung kaum einem Juristen, geschweige einem Betriebsrat, der sein Amt ehren- und nebenamtlich versehen muß, zugemutet werden kann. Schon aus § 1 geht hervor, daß der Betriebsrat nicht etwa nur der Interessenvertreter der Belegschaft ist, sondern auch die Belange des Unternehmens zu wahren und zu fördern hat. Also eine Zwitterstellung, die den Betriebsrat oft in Gewissensnöte bringt, denn die Interessen der Arbeiter gehen wahrhaftig nicht immer gleichlaufend mit denen des privatkapitalistischen Betriebsunternehmers.

Rechte? — Sowohl, der Betriebsrat hat das „Recht“, sich die Bilanz und auch alle Vierteljahre einen Bericht über den Stand des Unternehmens vorlegen zu lassen. Daß damit nichts, aber auch rein gar nichts anzufangen ist, gibt auch jeder ehrliche Betriebsführer zu. Der im Gesetz vorgesehenen Schweigepflicht für die Betriebsräte hätte es wahrhaftig nicht bedurft! Daß die §§ 50 und 91 den modernen Großunternehmungen angepaßt werden müssen, ist unbedingt erforderlich. Auch die Schutzbestimmungen des § 96 sind nicht ausreichend, und so könnten eine größere Anzahl von wichtigen Bestimmungen, die völlig unzureichend formuliert sind, angeführt werden.

Und nun die alljährliche Neuwahl! Fragt die Betriebsräte eines Großkonzerns: Sie kommen eigentlich aus den Wahlen der einzelnen Körperschaften nie recht heraus. Eine Verlängerung der Amtsperiode oder mindestens die Möglichkeit einer partiellen Wahl (jedes Jahr ein Drittel oder die Hälfte) läge bestimmt im allgemeinen Interesse. Ein größerer Einfluß der Betriebsräte bei Einstellungen und Entlassungen muß ebenfalls gefordert werden. Dies ist nur ein kleiner Ausschnitt der Unbequemlichkeiten des BRG. Die Gewerkschaften sowie die Betriebsräte selbst müssen jetzt die Schlussfolgerungen aus der Jahnjahresbilanz des Gesetzes ziehen.

Ein gewaltiger, im Gesamtbild so recht erkennbarer Fortschritt ist durch die Bildungsarbeit der Gewerkschaften in den letzten zehn Jahren erreicht worden. Nur durch ernsthaftes Eindringen in die notwendigen Wissensgebiete der Wirtschaft und Beherrschung derselben kann der Betriebsrat die Vertretung seiner Klassengenossen wie auch die Förderung der Wirtschaft wahrnehmen, nicht aber durch Phrasendrescherei. Nicht „rote“ Betriebsräte, sondern Klassenbewußte und geschulte Betriebsräte braucht die Arbeiterchaft! Nur so kann das gegenseitige Vertrauen zwischen Belegschaft und Betriebsräten hergestellt und erhalten werden, womit dann auch die bedauerliche Erscheinung, daß viele Belegschaften überhaupt keine Betriebsräte wählen, verschwinden wird.

Nur durch weiteres, inniges Zusammenwirken mit den Gewerkschaften können die Betriebsräte zu Trägern einer neuen sozialen Wirtschaft werden, in der es keine Arbeitslosigkeit und keine Klassenunterschiede geben wird.

## Curtius und Moldenhauer als Diebe.

Darum keine Feindschaft mit Herrn Fric.

Im nationalsozialistischen „Angriff“ vom 2. Februar schreibt der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Goebels:

„Daß das Reichsstaatsamt nach einer vollständigen Beratung und Darlegung der Situation durch die Delegierten selbst die Haager Ergebnisse einstimmig gebilligt hat, finden wir dagegen nicht im mindesten verwunderlich. Wenn von einer wohlorganisierten Diebesbande drei auf Raub ausgehen, während die anderen zur Bewachung der alten Beute im sicheren Versteck bleiben, um nach Rückkehr des Attentrupps die neue Beute mit zu überzählen und zu verteilen, da werden auch die Dahelingebliebenen den Heimkehrern gegenüber einstimmtig ihre Arbeit billigen.“

Der „Angriff“ ist das Berliner Organ der Partei des Thüringischen Innenministers Dr. Fric, und die Deutsche Volkspartei, deren Minister von der Fric-Prese mit Dieben verglichen werden, sitzt mit Herrn Fric in einer Regierung und hat ihm ihr Vertrauen ausgesprochen.

## Fric an Plakatsäulen.

Die Polizei muß ihren Minister überleben.

Wilmars, 3. Februar. (Eigenbericht.)

Bezirksvorstand und Landtagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei haben einen Aufruf in der Presse erlassen, der sich mit der thüringischen Regierungsbildung und namentlich mit der Person Fric's beschäftigt. Dieser Aufruf wurde auch als Plakat hergestellt und öffentlich angeschlagen. Der Polizeiminister Fric hat diesen Aufruf beschlagnahmen lassen, weil er sich durch ihn beleidigt fühlt. In verschiedenen Städten des Landes hatte der Aufruf Zugang an den Plakatsäulen gefunden. Die Polizei erhielt den Auftrag, diese Plakate zu überleben!

Der leitende Minister Fric hat drei seiner Parteifreunde als politische Auffichtspersonen ins Volksbildungsministerium berufen. Die drei Nationalsozialisten sollen die Abteilungen Volksschulen, höhere Schulen und Landestheater übernehmen. Diese drei Überwachungsbeamten sollen vorläufig ehrenamtlich tätig sein. Fric rechnet damit, daß die drei Ministerialräte, die jetzt als Abteilungsleiter tätig sind, sich diese Maßnahmen nicht gefallen lassen und selbst gehen, damit er dann seine Beute unterbringen kann. Es ist deshalb schon jetzt zu ersten Differenzen zwischen den Regierungsparteien gekommen, weil die Volkspartei bei der Regierungsbildung verlangt hat, daß ohne ihre Einwilligung keine Personalverschiebungen vorgenommen werden dürfen.

Zu der Personalverschiebung erläuterte der nationalsozialistische Fraktionsführer, Soudel, bei einer Versammlung erklärte, der Staat müsse eine Volksgemeinschaft sein. Demzufolge könnten der Polizei nicht Leute angehören, die — Gegner der Volksgemeinschaft sind. Die Polizei müsse aus nationalen Leuten bestehen und Minister der Volksgemeinschaft sein. Ebenso werde seine Partei im Volksbildungsministerium ähnliche Prüfungen wie bei der Polizei vornehmen. Schulen und Theater sollen nationale Bildungstätten werden. Das Verbot der nationalen Jugendverbände an den Schulen sei bereits aufgehoben.

## Nationalsozialistische Geistesfreiheit.

Theorie:

„Ein Schutzgesetz braucht die Republik, das außerdem noch — es ist geradezu eine Verhöhnung des Volkes — den Titel führt „Zur Befreiung des politischen Lebens“. Ich schlage vor, diesen Titel umzuändern: „Zur Knebelung des Rechts der freien Meinungsäußerung...“ Die Wahrheit ist in dieser Republik staatsgefährlich, deswegen muß dieses Maulkorbgesetz geschaffen werden.“

So sprach der Reichstagsabgeordnete Fric am 4. Dezember 1929 in der Debatte über das Republikenschutzgesetz.

Prag 6:

In Arnstadt sind gegen einen Berufsschulinspektor Erhebungen eingeleitet worden, weil er im Unterricht das bekannte Buch Remarques „Im Westen nichts Neues“ verwendet hat. So geschehen im Lande Thüringen, in dem der Reichstagsabgeordnete Fric Innenminister ist.

# Die Denkschrift der Ostprovinzen.

Berechtigte und unberechtigte Forderungen.

Die Landeshauptleute der sechs östlichen Grenzprovinzen haben, wie wir bereits berichteten, der Reichs- und Preußenregierung eine Denkschrift über den Notstand in Ostdeutschland zugestellt. Die Denkschrift, die eine Fülle wertvollen statistischen Materials über die Verhältnisse in Ostdeutschland enthält, gliedert in vierzehn Forderungen, deren Durchführung von den Vertretern der Selbstverwaltung für den Wiederaufbau als unbedingt notwendig angesehen wird. Auf einem Presseempfang erläuterten der Landeshauptmann der Provinz Grenzmark, Genosse Dr. Caspar, sowie der Vertreter der Provinz Brandenburg, Landesdirektor Dr. von Winterfeldt, das Programm der Ostprovinzen eingehend.

Soweit sich die Forderungen der Ostprovinzen auf die notwendige Unterstützung des Staates bei der Beseitigung der durch den Friedensvertrag geschaffenen Zerstörungsschäden beschränken, kann ihnen vorbehaltlos zugestimmt werden. Wege- und Chausseebauten und die Erschließung des Ostens durch neue Bahnlinien als Ersatz für die zerrissenen Strecken sind Rotwendigkeiten, die von Reichs- und Staatsregierung sowie von den Parlamenten schon seit Jahr und Tag als vordringlich anerkannt worden sind. Auch die Beseitigung schwerer kultureller Rückschläge, die dem Osten nach aus der Zeit des kaiserlichen Regimes anhaften, sind eine dringende Aufgabe der Gegenwart. Auch die Forderungen nach einer verstärkten Bauern- und Landarbeiterföderung und für eine Frachtpolitik der Reichsbahn, die besonders den schwierigen Verhältnissen in der hinterpommerschen Landwirtschaft und der ober-schlesischen Industrie entgegenkommen, erscheinen durchaus berechtigt. Inwieweit allerdings bei der schweren finanziellen Lage im Reich und in Preußen für diese anerkannten Notwendigkeiten Mittel zur Verfügung stehen, muß der Entscheidung der politischen Stellen überlassen bleiben.

Ein schwerer tatsächlicher Fehler in der Denkschrift ist es, daß alle sechs Provinzen in einen Topf geworfen wurden, so daß es für den Außenstehenden den Anschein hat, als ob die Lage in Ostpreußen wie in der Grenzmark und in Oberschlesien völlig gleich sei. Sie ist aber in den einzelnen Grenzprovinzen grundverschieden. Wir erinnern nur an die Millionensubventionen und die dabei entstandenen schweren Fehlleitungen dieser Gelder nach Ostpreußen,

während die Grenzmark und Hinterpommern bisher hierbei reichlich kurz weggekommen sind. Unhaltbar muß auch die Forderung zur Wiederherstellung der landwirtschaftlichen Rentabilität im Rahmen dieser Denkschrift erscheinen. Es ist ohne weiteres klar, daß von der im Reich herrschenden Agrarkrise die östlichen Bezirke weitaus am härtesten betroffen sind. Aber speziell die ostdeutsche Agrarkrise ist rein struktureller Art und hat mit den durch die Grenzziehung geschaffenen Problemen nur mittelbar zu tun. Schließlich müssen sich bei aller notwendigen Hilfsleistung, die der Staat der Landwirtschaft bei ihrem Umstellungsprozeß gegeben hat und auch noch weiter gibt, die Vertreter der östlichen Provinzen doch fragen, wozu der Staat die Mittel nehmen soll, um in einem Drittel von ganz Preußen einem notleidenden Berufsstand seine Rentabilität wieder zu verschaffen.

Schließlich vermißt man in der Denkschrift einen Hinweis auf die Notwendigkeit einer deutsch-polnischen Wirtschaftsverständigung. Wer die Verhältnisse im Osten etwas kennt, wird die Sicherungen, die in dem kommenden deutsch-polnischen Handelsvertrag für die Landwirtschaft eingeschlossen sind, als durchaus haltbar anerkennen und zugleich feststellen, daß die schwer daniederliegende ostdeutsche Industrie in allererster Linie von einem deutsch-polnischen Handelsvertrag profitieren würde. Damit wäre zunächst noch nicht viel, aber immerhin schon einiges für den notwendigen Wiederaufbau Ostdeutschlands gewonnen.

## Erfolgreiche Polenverhandlungen.

Warschau, 3. Februar. (Eigenbericht.)

Die Warschauer Botschungen des deutschen Gesandten Rauscher über eine genaue Präzisierung der Ortsnachsorgebestimmungen für die deutschen Siedler im deutsch-polnischen Liquidationsvertrag haben endlich zu dem gewünschten Ergebnis geführt. Danach kann deutschen Siedlern im Falle einer Vorbestrafung wegen geringer Vergehen usw. nicht mehr die Ortsnachsorge entzogen werden. Außerdem verläuft, daß Polen für den Handelsvertrag den von deutscher Seite vorgeschlagenen Grundsatz der sichergestellten Abnahme des Schweineexports angenommen hat. Es ist daher zu erwarten, daß bereits in der nächsten Zeit die langwierigen Handelsvertragsverhandlungen abgeschlossen werden.

## Karl Egon Frohme.

Zum achtzigsten Geburtstag.

Am 4. Februar 1930 begeht die deutsche Sozialdemokratie den achtzigsten Geburtstag Karl Egon Frohmes. Frohme ist in Hannover geboren und begeisterte sich schon als junger Schlossergeselle an den großen wegweisenden Schriften Ferdinand Lassalles. Als Frohme 1926 sein treffliches Buch über die „Politische Polizei und Justiz im monarchistischen Deutschland“ schrieb, da brach ein großer Enthusiasmus für das stark eithisch besetzte „Arbeiterprogramm“ Lassalles elementar durch. Er sah in diesem Programm die Verkörperung eines wahrhaft kulturellen und humanitären Sozialismus.

Im Geiste Lassalles erzogen, nahm Karl Frohme den Gedanken der Versöhnung Deutschlands und Frankreichs mit wissenschaftlicher Hingabe auf. Er will die Elsaß-Lothringer Frage von einer Volksabstimmung der Elsaß-Lothringer abhängig machen. Das Gericht in Strassburg hängt ihm deshalb einen Hoch- und Landesverratsprozeß an. Gefesselt wird er in einem martervollen, fünfjährigen Gefangenentransport dorthin geschleppt. Er wird freigesprochen. In Frankfurt a. M. entfährt er zuerst seine großen agitatorischen Talente. Die Frankfurter übertragen ihm die Leitung ihres „Volksfreundes“. Er tritt 1875 zur gemäßigten Partei über.

Die schlimmsten Verfolgungen hat er unter dem Regime des tschechischen Polizeirats Kumpf in Frankfurt a. M. zu ertragen. Er wird erschüttert durch die Tragödie des unschuldig zum Tode verurteilten Breste, er erlebt die Frankfurter Friedhofschlacht 1885. Im Jahre 1881 sendet ihn der Wahlkreis Hanau-Gelnhausen in den Reichstag. Im Reichstag zählt er zu der sozial-reformerischen Richtung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Hestig prallen auf dem Kopenhagener Kongress und dann in der Dampfersubventionsfrage „Radikale“ und „Reformisten“ zusammen.

Im Reichstag arbeitet sich Frohme gründlich in die soziale Gesetzgebung hinein. 1888 wird er wegen angeblicher Geheim-sündelerei zu 9 Monaten Gefängnis in Freiberg verurteilt. In Altona, das ihn in den Reichstag schickt, kämpft er gegen den „Polizeianarchismus“ des berüchtigten Polizeikommissars Engel. Durch seine Attacken gegen die korrupte Justiz und Polizei hat er das Sozialistengesetz gründlich unterwühlt.

Nach dem Fall dieses Gesetzes steht er an führender Stelle in der Hamburger Bewegung. Er ist Redakteur des „Hamburger Echo“, er baut den kommunalen Sozialismus in Schleswig-Holstein aus, er fördert weitestgehend die Genossenschaftsbewegung und unterstützt tatkräftig in Wort und Schrift die Genossenschaftsbewegung.

Die Sozialdemokratie betrachtet er als Träger einer neuen Kultur, und dieser Idee widmet er einige tief durchdachte Schriften (Arbeit und Kultur). Nach der Revolution hilft er in Weimar tatkräftig an der Aufrichtung der deutschen Demokratie. Mehr als vierzig Jahre ist er ununterbrochen im Deutschen Reichstag im Dienst der Freiheit tätig gewesen. Er gehört zu den erfolgreichsten Baumeistern des demokratischen und sozialen Deutschlands. Einen großen Triumph seiner politischen Forderungen hat Frohme erlebt. Wägen seiner Lebensarbeit noch größere Triumphe beschieden sein.

P. K.

Reichstanzler Genosse Hermann Müller hat dem Genossen Karl Frohme ein herzliches Glückwunschtelegramm geschickt.

## Streik will Anschluß.

Verhandlungen mit Preußen.

Neustrelitz, 3. Februar. (Eigenbericht.)

Die Mecklenburg-Strelitzer Regierung hat, wie von zuständiger Stelle bestätigt wird, pöblich mit Preußen Verhandlungen wegen des Anschlusses von Mecklenburg-Strelitz an das preußische Staatsgebiet geführt. Diese Verhandlungen, die vorläufig sich noch im Vorstadium befinden, haben auf Anregung der sozialdemokratischen Fraktion des Mecklenburg-Strelitzer Landtags stattgefunden. Es handelt sich zunächst einmal darum, festzustellen, unter welchen Bedingungen Preußen bereit ist, Mecklenburg-Strelitz sich angliedern zu lassen. Die amtlichen Kreise

in Mecklenburg-Strelitz sind, wie wir erfahren, der Auffassung, daß die Eigenstaatlichkeit dieses kleinen Landes sich trotz bedeutender Vermögenswerte an Preußen nicht aufrecht erhalten lassen wird.

## Rollkommando gegen Sowjetbofschaft?

Dowgalewitsch befragt sich.

Paris, 3. Februar.

In der Affäre Rutjepow ist jetzt ein angebliches Mitglied der GPU verhaftet worden, das auf der Redaktion des russischen Emigrantenblattes „La Renaissance“ erschien mit der Behauptung, er kenne den gegenwärtigen Aufenthaltsort Rutjepows. Er habe sich nach dem ausgelegten Preis-erkundigt und dann verschiedene Risse vorgezeigt, die unzweideutig ergeben hätten, daß es sich um ein Mitglied der russischen Tscheka handele. Bei einem zweiten Besuch sei er dann von der Polizei verhaftet worden.

Heute nachmittag wird bekannt, daß der hiesige russische Sozialist Dowgalewitsch, gegen den in der hiesigen Rechtspreffe heftige Angriffe im Zusammenhang mit der Affäre Rutjepow erhoben werden — in einem Teil der Presse, namentlich der „Liberte“ und dem „Echo de Paris“ wird der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Rußland verlangt — offiziell dem französischen Außenministerium zur Kenntnis gebracht habe, daß einige Anhänger des Generals Miller, des Stellvertreters Rutjepows, eine Abteilung gebildet hätten, um eine „Untersuchung“ in der russischen Botschaft selbst zu organisieren. Mit Rücksicht darauf, daß eine solche „Untersuchung“ nur mit Gewalt geschehen könne, habe der Sowjetbofschaft dem Außenministerium davon Mitteilung gemacht. Die Affäre droht also schon diplomatische Auswirkungen nach sich zu ziehen.

## Englische Justizbarbarei.

Selbstmord eines Londoner Gefangenen vor der Züchtigung durch Peitschenhiebe.

London, 3. Februar.

Großes Aufsehen erregt in der Presse der heute erfolgte Selbstmord eines Gefangenen im Gefängnis von Wandsworth, der am letzten Freitag im Old-Valley-Gericht wegen Angriffs auf zwei Kassierer zu zehn Jahren Zuchthaus und 15 Peitschenhieben verurteilt worden war.

Die Gefängnisbehörden üben Stillschweigen über den Fall. Es verlautet jedoch, daß der Gefangene über das Geländer eines der oberen Zellen verblinden Balkons sprang, als er zur Züchtigung geführt wurde.

Die das Gericht besuchenden Richter, die anwesend waren, um der Ausföhrung der Züchtigung beizuwohnen, waren Zeugen der Tragödie. Der Gefängnisarzt, der ebenfalls in der Mittelhalle des Gefängnisses wartete, eilte herbei, konnte jedoch nur feststellen, daß die Verletzungen des Gefangenen tödlich waren.

## Sturm auf Konsumgasthaus.

Heimwehrleute überfallen Grazer Gewerkschafter.

Wien, 3. Februar. (Eigenbericht.)

In der Nacht zum Montag kam es in Eggenberg, einem Vorort von Graz, zu blutigen Zusammenstößen zwischen Heimwehrleuten und Sozialdemokraten. Vier Sozialdemokraten und ein Gewerkschaftsbeamter wurden verletzt.

Die Heimwehrler verhafteten das Gasthaus des Konsumvereins zu stürmen. Sie feuerten im Verlauf ihrer Aktion einige Revolver-schüsse ab. Die Arbeiter trieben die Angreifer zunächst zurück. Bald lehrten die Heimwehrleute jedoch mit Verstärkung zurück und unter-nahmen einen zweiten Sturm auf das Gasthaus. Sämtliche Fenster-scheiben wurden zertrümmert, alle Einrichtungen gegenstände demoliert. Erst nach zweistündigem Kampf konnten die Heimwehrleute zurück-gebrängt werden.

Landsoffizier verurteilt. In Raumbücher ist der Landsoffizier Claus Harms in der Berufungsinstanz wegen Rädigung der Stadt zu 100 M. Geldstrafe verurteilt worden. Harms hatte in einem offenen Brief von der Stadt Raumbücher die Ent-laffung des Polizeinspektors Brader und seiner Beamten gefordert.

## Danzerschiff B.

Finanziell, national und international gleich unmöglich.

Der vom Reichsfinanzminister Dr. Hilferding der Reichsregierung im Herbst vorgelegte Entwurf des Reichshaushalts 1930 hatte keinerlei Geldmittel für den Bau eines zweiten Panzerschiffes — B — vorgesehen. Der vom Ressort gestellte Antrag war nicht berücksichtigt worden. Aus Anlaß der alsbald nach Verabschiedung des neuen Planes erfolgenden Neuverlagerung des Reichshaushaltsentwurfs mehren sich jetzt die Versuche, wenn auch nicht eine ganze erste Baureihe, so doch 2 Millionen Mark für Vorarbeiten oder eine „Anerkennungsgebühr“ von 100 000 M. in den Etatentwurf hineinzubringen.

Diesem Versuch, durch eine noch so geringe Summe den grundsätzlichen Entschluß für den Bau eines zweiten Panzerschiffes und damit für den Weltwerb der ganzen Serie herbeizuführen, kann nicht früh genug begegnet werden. Die Bewilligung jeder auch noch so bescheidenen Summe würde einen späteren Bauentschluß präjudizieren. Schon aus finanziellen Gründen kann bei der angespannten Finanzlage nicht die Rede von neuen Panzerschiffbauten sein. Angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung ist auch in kommenden Jahren mit einer Anspannung der Reichsfinanzen zu rechnen. Selbst angenommen, daß der Stückpreis von 80 Millionen Mark nicht überschritten wird, so würde der Bau von sechs Schiffen fast eine halbe Milliarde Steuergelder verschlingen. Gerade „die Wirtschaft“, die nach Steuererleichterung ruft, sollte die erste sein, eine Steuererhöhung um eine halbe Milliarde entgegen zu bekämpfen, die nur dem Profitinteresse einzelner Rüstungsfabrikanten zugute käme.

Aber die marine- und rüstungspolitischen Erwägungen sprechen im gleichen Maße dagegen, die Panzerschifferei weiterzubauen. Die Gesichtspunkte der bekanntgewordenen Ozeanischen Denkschrift sind längst überholt. Es ist eine neue internationale Sachlage entstanden, die das Festhalten der Marine an dem Serienbau nicht zu einem nationalen Gewinn, sondern zu einer nationalen Gefahr macht.

Von den nach der Meinung der Marinepolitiker möglichen Gegnern besitzt Polen zur See nach wie vor keine nennenswerte Kriegsmarine. Während ein deutsches Panzerschiff 10 000 Tonnen verdrängt, zählt Polen im ganzen etwa 4000 Kriegsschiffstonnage sein eigen. Jede Stärkung der deutschen Kriegsmarine drängt Polen zu einer Aufrüstung zur See. In einem solchen Betrüben aber würde nicht unter Nachbar im Osten, sondern dem durch den Versailler Vertrag an Zahl und Größe der Schiffe gebundenen Deutschland der Atem ausgehen. Zwei oder drei doppelt so schwere polnische Panzer würden mehr wert sein als die ganze Serie der geplanten vertragsgebundenen deutschen Schiffe. Bei dieser Sachlage scheint es nützlicher zu sein, mit Polen ein gegenseitiges Nichtrüstungsabkommen abzuschließen, als in ein Betrüben hineinzutreiben. Was die Sowjetunion anlangt, so hat sie nach wie vor auf die Rote Marine wenig Geld vermandt; ist sie doch zur Unterdrückung rebellierender Bauern und Arbeitermassen gänzlich ungeeignet. Trotz ihrer Revolutionspropaganda hält sie die Beziehungen mit Deutschland für so gesichert, daß sie erst kürzlich die zwei kampftauglichsten ihrer großen Ostschiffe in das Schwarze Meer verlegt hat. Statt die deutsche Flotte im Baltikum aufzurufen, wäre es gescheiter und menschenfreundlicher zugleich, sich mit der Sowjetregierung darüber zu verständigen, daß sie auch weiterhin die kostbarsten ihrer Erbstücke aus der Narenzeit dem Schutze des eisfreien Hafens von Odessa anvertraut.

Wacht man es, als 1927 die Abrüstung auch zur See zu scheitern schien, verständlich finden, daß die deutsche Marine die Versailler Rüstungsmöglichkeiten ausschöpfen wollte, so hat nun aber seitdem die anglo-amerikanische Initiative auf Abrüstung zur See eine gänzlich neue internationale Situation geschaffen. Die fünf Seemächte sind nach London von der britischen Arbeiterregierung zusammengerufen worden, um gerade das zu verhindern, was die deutsche Marine will: um den Erfahrung alter durch neue Kriegsschiffe zu unterbinden. Da hat allein schon der Plan, moderne deutsche Schlachtschiffe zu bauen, bereits großen Schaden angerichtet. Im Hinblick auf ihn verlangen französische Marinekreise ein Geschwader von acht Panzerkreuzern von 15 000 Tonnen Größe, die Frankreich allein die Überlegenheit über die sechs deutschen Panzerschiffe geben soll. Es ist kein Zweifel, daß das Bauprogramm des Reichswehrministeriums und die Vorstellung von der Möglichkeit seiner Bewilligung durch den Deutschen Reichstag der französischen Marine und dem französischen Nationalismus Grund und Vorwand bieten, um dem Abrüstungswillen Englands und Amerikas zu begegnen.

Der Serienbau von Ersatzpanzerschiffen war in einer Zeit geplant worden, als es auf keine andere Weise möglich schien, die Rüstungsspanne zur See zu vermindern. Seitdem aber die Londoner Konferenz begonnen hat, eröffnet sich die Möglichkeit, daß die Rüstungsspanne durch die Rüstungsverminderung der anderen verkleinert wird. Von diesem Augenblick an drängt das deutsche Marinebauprogramm jedoch andere Mächte dazu, sich der Abrüstung entgegenzusetzen und ihre Seerüstung nur noch mehr zu steigern. Statt daß der Rüstungsabbau kleiner wird, wird er größer. So wird aus Gründen schon allein der nationalen Marinepolitik es unerlässlich, daß von jetzt an ein für allemal auf den Serienbau der Kriegsschiffe verzichtet wird.

Schon allein die marinepolitischen Gesichtspunkte sollten ausreichen, um die Marine von der Schädlichkeit ihrer Baupolitik im jetzigen Zeitpunkt zu überzeugen. Darüber hinaus aber ist zu erwägen, daß von der Londoner Konferenz mehr als nur das Schicksal der Seerüstung abhängt. Nur wenn sie nicht zu einer Stabilisierung, sondern nur zu einer Kürzung der Seerüstungen führt, ist es möglich, eine allgemeine Abrüstungskonferenz im Vertrauen darauf zu beginnen, daß auf ihr Land- und Luftrüstungen eingeschränkt werden. So hängt von dem Schicksal der Londoner Konferenz das Schicksal der Abrüstung für absehbare Zeit überhaupt ab. Gerade jetzt dürfen deshalb die Versailler Rüstungsmöglichkeiten nicht ausgeschöpft, sondern durch Aussprache und Verhandlung muß alles getan werden um die andere Seite zur Erfüllung ihrer Versailler Vertragszusage zu veranlassen.

Landeshauptmann Dr. Moutet gestorben. Der Landeshauptmann für Oberschlesien, Dr. Hans Moutet, ist am Sonntag gegen 7 Uhr nach längerer Krankheit gestorben.

## Die Hüter der Geistesfreiheit



„Warum haben Sie den Mann niedergeschlagen?“

„Dieser Gewaltmensch hat sich für die Knebelung der Geistesfreiheit durch ein Republikanengesetz ausgesprochen.“

## Beamtenfragen im Landtag.

Beratung des Haushalts des Finanzministeriums.

Der Preussische Landtag lehnte am Montag die zweite Lesung des Wohlfahrtssetats mit der Beratung der Einzelteile fast. Dabei forderte Abg. Haege-Wiesbaden (Soz.) mehr geeignete Lehrkräfte für die Ausbildungsturse der Baufachleute und daß solche Kurse in jedem Bezirk eingerichtet sind. Die Richtlinien des Reichsarbeitsministeriums betreffend Anbringung von Dachhallen und Schneefangnetzen seien zum Bestandteil der baupolizeilichen Vorschriften in Preußen zu machen. Ferner bedürfen die Volkseigenen Ordnungen über Arbeiterfürsorge auf Bauen einer Abänderung. 1928 sei die Unfallversicherung im Baugewerbe außerordentlich gestiegen, aber ganz besonders in Schlesien. Der Redner fordert ferner, daß das Bauwesen gesetzlich zur Erhaltung der Uferwege, insbesondere in der Provinz Brandenburg, energischer als bisher durchgeführt wird.

Die Abstimmungen über den Wohlfahrtssetat finden am Dienstag, 14 Uhr, statt.

Es folgt die zweite Lesung des Haushalts des Finanzministeriums. Nach dem Berichterstatter Abg. Seese (Z.) enthält das Wort

Abg. Simon-Neufals (Soz.):

Mit Rücksicht auf die schwierige Finanzlage Preußens hat die sozialdemokratische Fraktion diesmal keine Anträge auf Höhergruppierung von Beamtenstellen gestellt. Aber wir müssen uns ganz entschieden gegen die Hege in einem Teil der Presse, namentlich in der Rechtsprelle, gegen die Beamtenchaft wenden und gegen die Versuche, die Finanznot Preußens und des Reiches auf die Beamtenbesoldungsreform von 1927 zurückzuführen. Dabei erkennen wir ohne weiteres an, daß diese Besoldungsreform insbesondere für die unteren und mittleren Beamten Härten enthält, die ohne weiteres beseitigt werden könnten, wenn man sich entschließt, in den einzelnen Haushalten Ersparnisse zu machen und wenn man die vorausgesetzlichen Maßnahmen der einzelnen Etats, zum Beispiel bei der Forstverwaltung, zum Ausgleich dieser Härten benutzte. So ist zum Beispiel die diplomatische Vertretung Preußens in München völlig überflüssig. (Sehr wahr! bei den Soz.) Auch bei der Hergabe von Staatshauskonventionen sollte man vorsichtiger sein, wie der Zusammenbruch und die notwendige Sanierung ausgerechnet der Jugendbergschen Ostbank beweist.

Der Redner führt im Anschluß hieran eine ganze Reihe von Härtefällen an, die sich bei der Durchführung der Besoldungsneuordnung von 1927 ergeben haben. Auch ohne Anträge sollte sich das Ministerium angesichts der steigenden Teuerung ent-

schließen, Härten bei der Befolgung der mittleren und unteren Beamtengruppen zu beseitigen. Eine Anpassung an die Erweiterung der Ausführungsbestimmungen der Reichsbesoldung wäre unbedingt erforderlich. Er fährt fort:

Vom Reichstage wird jetzt die Verabschiedung eines Reichsbeamtenvertretungsgesetzes vorbereitet. Wir begrüßen das, sind aber der Ansicht, daß es in einzelnen Punkten wesentlich verbessert werden muß. Wir fordern auch die Überführung der Rangbeamten in den einfachen Bürodienst. Trotz aller gegenteiligen Behauptungen arbeitet die Katasterverwaltung infolge der Anspannung aller vorhandenen Kräfte nachweislich außerordentlich langsam. Einzusparen ist sicher auch noch bei den an die Beamten gewährten Reise- und Unkosten, die eine unwahrscheinliche Höhe erreicht haben. Bei einigermaßen gutem Willen könnten viele an sich überflüssige Verlegungen vermieden werden.

Noch einmal müssen wir mit aller Entschiedenheit die Angriffe der Deutschnationalen zurückweisen, daß die Sozialdemokraten programmatisch gegen das Berufsbeamtenamt sei. Der Paritätengesetz in Berlin von 1924 liegt genau das Gegenteil. (Sehr gut bei den Soz.)

In der Frage der Staats- und Gemeindearbeiter sollte das Ministerium darauf halten, daß angesichts der großen Arbeitslosigkeit keine überflüssigen Entlassungen erfolgen. In den preussischen Universitätskliniken haben wir noch immer die 24-Stundenmode für die Anspesisten. (Hört! hört! bei den Soz.) Es ist bedauerlich, daß sich das Ministerium bis jetzt nicht dazu entschließen konnte, gerade für diese Fragen einen sachverständigen Referenten aus den Reihen des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes zu bestellen.

Dem Etat können wir zu bitten aber, die von mir angeführten Härten für den neuen Etat 1931 auszugleichen. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Ebersbach (Dnat.) fordert ebenfalls Ausgleich der durch die Befoldungsordnung entstandenen Härten. Das Berufsbeamtenamt müsse erhalten bleiben, aber dem Staat könne nur an einer zufriedenen Beamtenchaft gelegen sein.

Die Weiterberatung findet am Dienstag, 12 Uhr, statt

### Richtigstellungen.

Am Freitag sprach als zweiter sozialdemokratischer Redner bei der Beratung des Wohlfahrtssetats nicht Frau Abg. Kirchmann, wie bei uns irrtümlich angegeben war, sondern Abg. Kirchmann-Straßburg.

## Lordieu Triumph in London.

Bericht in Paris. — Handelsminister bei der Zollkonferenz.

Paris, 3. Februar. (Eigenbericht.)

Der am Montag vormittag abgehaltene Ministerrat, dem durch die Rückkehr Lordieus eine besondere Bedeutung verliehen worden war, zeichnete sich vor allem durch eine ungewöhnlich lange Dauer und eine große Tagesordnung aus. Die Regierung verfuhr offenbar, die durch Haag, Genf und London stark veranschlagte Innenpolitik, in der das Unkraut parlamentarischer Intrigen und Krisengerüche schon beträchtlich in die Höhe geschossen ist, mit Bolddampf zu bearbeiten.

Zunächst erstatteten Lordieu und Briand ihre Berichte über die Londoner Konferenz, wobei Lordieu sich nicht verbergen konnte, die Bedeutung des großen „Eleges“ der französischen These — nämlich die Annahme der französischen Methode für die Rüstungsbegrenzungen — nochmals bis zu unterstreichen. Er betonte besonders, daß durch die Annahme der französischen Forderungen eine Bindung zwischen den Londoner Verhandlungen und den Arbeiten der Genfer Abrüstungsorgane hergestellt sei und Frankreich um so mehr Grund habe, mit dieser Wendung der Dinge zufrieden zu sein, als nunmehr eine starr mathematische Abgrenzung für die leichte Hochseekreuzer und Torpedobote, wie sie in Washington seinerzeit geplant war, nicht mehr in Frage käme. Finanzminister Chéron referierte über die Maßnahmen, die ergriffen worden sind, um zu ermöglichen, daß die Reparationsbank bereits in der nächsten Woche ihre Arbeiten beginnen könne, und die zur Hoffnung berechtigten, daß die Mobilisierung der ersten Tranche der deutschen Reparationskassen in naher Zukunft bereits erfolgen könnte.

Der Ministerpräsident beschäftigte sich sodann mit den Möglichkeiten zur Ergreifung wirksamer Maßnahmen gegen die fortschreitende Verteuerung der Lebensmittelpreise, die

zu wachsender Beunruhigung der Bevölkerung geführt habe und die nicht durch wirtschaftliche Begebenheiten begründet, sondern Folgen einer künstlich hervorgerufenen Hausse sei. Es wurde die Einsetzung einer internationalen Kommission beschlossen, die auf gegenseitigem Wege dem Warenwasser ein Ende bereiten soll. Für die am 13. Februar in Genf beginnende Konferenz für den Zollwaffenstillstand wurde zum Vorsitzenden der französischen Delegation Handelsminister Flandin, zu seinem Stellvertreter Staatssekretär Robert ernannt.

### Gegen alle Schiffschiffe.

London, 2. Februar.

Dem Ministerpräsidenten ist eine von zahlreichen Mitgliedern des Unterhauses unterzeichnete Denkschrift überreicht worden, die dem von der Regierung an den Tag gelegten Vorkreben, die Zustimmung der übrigen Mächte zu einer Abschaffung der Linienchiffe und Unterseeboote und einer Beschränkung des Kreuzerbestandes auf das für den Seepolizeidienst unerlässliche Minimum herbeizuführen, in vollstem Umfange zustimmt. Weiter gibt die Denkschrift der Hoffnung Ausdruck, daß alles getan wird, um dieses Ziel bereits auf der gegenwärtigen Seemächtekonferenz zu erreichen und endet mit der Versicherung, daß die Unterzeichner die Bemühungen des Premierministers mit ganzem Herzen unterstützen werden.

Reichsverweier ehrt sich selbst. Anlässlich des zehnten Jahrestages der Wahl Nikolaus o. Karthaus zum Reichsverweier von Ungarn wird der Ministerpräsident dem Parlament einen Selbstentwurf unterbreiten, um das Jubiläum „zu verewigen“. Der Gesetzentwurf wird beantragt, daß gewisse Institutionen den Namen des Reichsverweiers tragen sollen.

# Wertheim Weiße Woche

Größter Sonder-Verkauf des Jahres

## Wäsche, Wäschestoffe

Tischzeug, Handtücher, Taschentücher usw.

Den großen Sonderverkauf von Wäsche u. Wäschestoffen hat unsere Firma als erstes Warenhaus Deutschlands seit 1898 regelmäßig veranstaltet.

Die in der Weißen Woche zum Verkauf kommenden Waren sind in großen Mengen für diesen Zweck vorbereitet, die Wäsche größtenteils in eigener Anfertigung.

### Extra-Preise:

Schenswerte Dekoration in den Schaufenstern und im neuen Lichtot Leipziger Straße

**Madapolam** weiche Qualität, Meter **45 Pf.**

**Makobatist** ägyptische Baumwolle, Meter **59 Pf.**

**Rohnessel** für Laken, Meter **65 Pf.**

**Voll-Volle** (Schweizer), ca. 100 cm breit, Meter **85 Pf.**

**Hemdchen** für Damen, weiß gerippt, 0.95 **75 Pf.**

**Hemd hose** für Damen, echt Mako, fein gerippt **1.25**

**Unterziehhöschen** für Damen, Mako, fein gerippt **58 Pf. 95 Pf.**

**Damen-Hemden** mit Stickerei Handstickerei u. echte Klöppelspitze **1.15 bis 1.75 2.70**

**Nachthemd** dazu passend **4.50**

**Damenhemd** mit Stickerei **2.75**

**Damen-Pyjamas** farbig 6.75 **4.75**

**Damen-Pyjama** elegante Ausführung **12.50**

**Oberhemd** für Herren, weiß, mit Jacquard-Popeline-Einsatz **2.95**

**Oberhemd** durchgehend gestreift od. gemust. Perkal, mit gefüt. Brust u. Kragen **3.90**

**Oberhemd** für Herren, weiß, Jacquard-Popeline, aparte Muster **5.90**

**Trikothemd** für Herren, weiß, mit gemustert. Einsatz, Mittelgröße **1.95**

**Nachthemd** farb. Borte, Umlegkrag, solider Rumpfstoff **4.25 2.75**

**Herren-Stehumlegkragen** Leinen 4fach 0.65, Mako 4fach 0.55 **38 Pf.**

**Tischtücher** halbleinen Dreif., schwere Qualität Größe 110/120 **2.25** Größe 130/130 **3.50** Größe 150/160 **4.20**

**Stubenhandtuch** reinleinen Jacquard, Größe 46/100 **95 Pf.**

**Küchenhandtuch** halbleinen Gerstenkorn, Ia. Qualit., Gr. 48/100 **95 Pf.**

und viele andere Artikel

## Heute billige Lebensmittel

Fleisch, Fische, Geflügel, Obst und Gemüse werden nicht zugesandt.

### Obst u. Gemüse

EB- u. Kochäpfel 2. 0.25  
Tafeläpfel 2 Pfund 0.35  
Amerikaner 0.30 0.48  
Edelrot . . . . Pfund 0.35  
Kiste ca. 45 Pfd. brutto 12.50  
Zitronen Dtzd. 0.35 0.45  
Apfelsinen Dtz. 0.45 0.55  
Halbblut, Dtz. 0.55 0.75  
Mandarinen Pfund 0.25  
**Blutorangen** 9.50  
Kiste 80 bis 150 Stück

Weißkohl dän. Pfund 0.04  
Möhren gewasch., Pfd. 0.04  
Zwiebeln . . . . Pfund 0.05  
Wirsingkohl holländ. 0.09  
Rotkohl holländ. Pfd. 0.09  
Sellerie Pfund 0.10 0.18  
Blumenkohl Kopf 0.20 an  
Rosenkohl 2 Pfund 0.35

### Konfitüren

Kaffeegebäck mit Schokolade, Pfund 1.40  
Teegebäck . Pfund 0.90  
Waffeln mit Schokolade, Pfund 1.70  
Schmelz-Borke Pfd. 1.30  
Hütchen-Pralinen 0.68

### Fische

Bratschollen 0.12 0.28  
Dorsch . . . . Pfund 0.20  
Heringe 3 Pfund 0.45  
Zander gefroren, Pfund 0.60  
Karpfen lebend, Pfd. 1.05 an

### Räucherwaren

Fettbücklinge Pfund 0.25  
Fleckheringe Pfund 0.52  
Seelachs i. Stück., Pfd. 0.52  
Flundern große, Pfd. 0.55  
Lachs in Stück., Pfd. 1.30 an

### Geflügel

Suppenhühner 1.10 an  
Wolghühner 1.20  
Enten . . . . . Pfund 1.30

**Gänse** gefroren Pfund von **70 Pf.** an

### Frisches Fleisch

Kalbskamm . Pfund 0.84  
Kalbsbrust . . Pfund 0.84  
Kalbsnierenbrat. 0.94  
Kalbskeule ganz u. geteilt bis 9 kg, Pfd. 1.05  
Querrippe . . Pfund 0.84  
Gulasch . . . Pfund 0.95  
Lieser . . . . Pfund 0.80  
Rinderkamm Pfund 0.85  
Rinderbrust . Pfund 0.85  
Schmorfleisch mit Fett, Pfd. 1.10  
Hammelvorderfl. 1.04  
Schweinekamm 1.18  
Schweineschink, mit Beilage, Pfund 1.24

### Prima Gefrierfleisch

Rinderkamm Pfund 0.84  
Rinderbrust . Pfund 0.84  
Rinderleber . Pfund 1.20

### Gebrannter

**Kaffee** eigene Rösterei Pfund von **1.80** an  
Spezial-Mischung m. 50% Jannetkaffee Pfund **0.56** an 0.88

### Wurstwaren

Sülze (Schweinefl.) Pfd. 0.72  
Dampf- u. Rotwurst 1.00  
Leberwurst Hausmach., Pfund 1.25  
Jagdwurst . Pfund 1.45  
Mettwurst Braunschweig, Pfund 1.45  
Filetwurst . . Pfund 1.65  
Schinkenwurst Pfd. 1.65  
Speck fett 1.15 mager 1.55  
Landmettw. pommersche Pfund 1.65

### Käse u. Fette

Ramadou . . . Stück 0.20  
Limburger Allg. 1.00 0.45  
Schweizer Art ohne Käse 0.68  
Schweizer dän., Pfd. 0.90  
Steinbuscher vollf. 0.95  
Tilsiter Art o. Rigde 0.75  
Tilsiter vollfett, Pfund 0.98  
Edamer vollfett, Pfund 1.10  
Holländer vollf., Pfd. 1.10

**Tafelbutter** Pfund **1.78**  
**Eier** 10 Stück **66 Pf.** an

### Backobst

Pflaumen bosn. 0.48 0.62  
Pflaumen bosn., o. St. 0.60  
Backobst gewasch., Pfund 0.48 0.68  
Ringäpfel amerik., Pfund 0.65 0.80  
Saure Kirschen Pfd. 0.78  
Pflirsiche kast. Pfund 0.90 1.10  
Aprikosen kast. Pfund 0.90 1.15  
Birnen kalif., Pfd. 0.90 1.15

### Konserven

Gemüse-Erbisen . 0.58  
Junge Erbsen . . 0.63  
Karotten geschnitten 0.40  
Haushalt-Gemüse 0.78  
Gem. Gemüse mittelf. 1.10  
Brehbohnen . . . 0.60  
Schnittbohnen . . 0.58  
Kohlrabi mit Grün 0.58  
Bruchspargel dünn 2.10  
Sellerie in Scheiben 1.00  
Senfgurken . . . . 0.78  
Apfelmus . . . . . 0.52  
Pflaumen mit Stein 0.60  
Mirabellen . . . . 0.98  
Preiselbeeren . . . 1.05  
Aprikosen . . . . . 1.05

# Die Verantwortung des Reichsanwalts

## Heine sagt Herrn Jorns bittere Wahrheiten

Ein neuer böser Tag für Herrn Reichsanwalt Jorns. Und doch kann er nun Glück reden; durch die Unwissenheit des Rechtsanwalts Dr. Paul Senf ist ihm bestimmt so manche unangenehme Frage erspart geblieben. Aber auch der Angeklagte Bornstein selbst macht seine Sache nicht schlecht. „Herr Reichsanwalt“, fragt er, „haben Sie auch sonst Gelegenheit gehabt, mit Brüdern eines Rordordächtigen zusammen zu speisen, ähnlich wie im Edenhotel mit Hauptmann Pflug-Hartung?“ Im Auto, das Karl Liebknecht in den Tod führte, besaß sich als Begleiter der Kapitänleutnant Pflug-Hartung von der Marinebrigade. Der Kapitän Pflug-Hartung war der Adjutant des Hauptmanns Pabst. Der harmlose Kriegsgerichtsrat ahnte aber da absolut keine Zusammenhänge. „Waren Sie in Landesverratsprozessen auch so ahnungslos?“ So ungefähr fragt ihn der Angeklagte. Eine andere Episode aus der Verhandlung: Der Jäger Runge hatte erklärt, daß seine Frau Geldunterstützungen bekommen hat. Der Reichsanwalt denkt gar nicht daran, nach den Geldgebern zu forschen. „Ich hätte es wohl anders gemacht“, sagt der Vorsitzende. Herr Jorns ist darüber sehr verwundert.



Der Vorsitzende und die Beisitzer

Der Herr Reichsanwalt stellte sich gestern in gemeinsame Front mit den Kommunisten und verdächtigt den Rat der Volksbeauftragten und die damalige Weimarer Reichsregierung. Er hat die Stirn zu fragen: „Hat die Regierung nach der Ermordung der beiden nicht frei aufgeatmet?“ fragt er den Zeugen.

Nie und nimmer, sagt Landsberg. Die Mitglieder des Rates der Volksbeauftragten waren erschüttert.

„Hielten Sie nicht die beiden für die gefährlichsten Feinde des neuen Staates?“ ruft Herr Jorns immer noch nicht. Und erhält zur Antwort: „Ich habe nie daran gezweifelt, daß Deutschland sich aus dieser Zeit herausarbeiten würde und daß es für den Bolschewismus keinen geeigneten Boden vorstellt.“

### Leutnant a. D. Liepmann als Zeuge.

Der Leutnant a. D. und jetzige Referendar Liepmann, vermischt dem Kriegsgericht in der Sache der Liebknecht-Ermordung, sagt — denn seine Herren können immer noch nicht zur Ruhe kommen — vor dem Zeugenstand. Diesmal sagt er an: in seinem Prozeß war Jorns der Ankläger. Welche war die Rolle Bobst? Welche die von Pflug-Hartung — der eine war überhaupt nicht verhaftet, der andere nach seiner ursprünglichen Verhaftung entlassen worden. Wie sah es im Zellengefängnis aus?

Als Liepmann das Auto bestiegen hatte, um den Transport Liebknechts in das Moabit Gefängnis zu leisten, traf er dort einige ihm unbekannte Personen in Mannschafuniform. Hauptmann Pflug-Hartung, Bobst's Adjutant, erklärte, dieser habe die Stelle als Begleiter bestimmt — Liepmann kam von der Rettungswache, von Liebknechts Reiche, um Pabst Meldung zu erstatten; Im selben Augenblick schleppte man Rosa Luxemburg die Treppe des Eden-hotels hinauf. Bobst war über Liebknechts Tod bereits von Pflug-Hartung informiert — nun konnte Rosa Luxemburg „erledigt“ werden. Der Zeuge, der diese Auslagen in der ersten Instanz eingeschränkt hat, behauptet jetzt auf der letzten mit voller Bestimmtheit. Sensationell wird die Behauptung Liepmanns, er habe die Ausreisbewilligung von Erzberger erhalten, obgleich dieser gemußt habe, wer er ist: der Boß sei, als er kam, bereits fertig gelesen.

halten, obgleich dieser gemußt habe, wer er ist: der Boß sei, als er kam, bereits fertig gelesen.

### Wie Heine über Jorns denkt.

Auf den Zeugen Liepmann folgt Heine. Er ergänzt Landsbergs Aussage. Mitglied des Staatsrats in Dessau, wurde er zum preussischen Justizminister berufen. Er besaß sich gerade auf dem Wege nach Dessau, als er aus einem Flugblatt von dem Tod Liebknechts und Luxemburgs erfuhr. Da es anfänglich hieß, Rosa Luxemburg sei von Zivilpersonen ermordet, so beauftragte er die Staatsanwaltschaft mit dem Ermittlungsverfahren. Später war er gezwungen, sich mit der militärischen Untersuchung abzufinden. Er ließ sich regelmäßig berichten, verlangte aber schließlich Einsicht in die Akten. Während einer Sitzung der Rationalversammlung lagen sie ihm vor. Er konnte nur flüchtig in sie Einblick nehmen; ihm fiel aber ganz besonders der Umstand auf, daß Oberleutnant Bogel nicht verhaftet war, er hätte den Eindruck, daß nicht mit der nötigen Energie vorgegangen werde. Deshalb richtete er an den Reichsjustizminister, an den preussischen Kriegsminister und an den Reichskriegsminister ein Schreiben, in dem es u. a. hieß: „Das preussische Justizministerium ist unmittelbar interessiert, daß das Verbrechen zur Justiz der republikanischen Regierung nicht erschüttert werde. Es handelt sich nicht nur um die Sühne, sondern um die Befestigung politischer Wirkungen, die durch das Verbrechen selbst und durch die Art seiner Verfolgung verursacht wurden. Es muß



Oberstaatsanwalt Köhler

ein politischer Schaden verhütet werden, der nicht reparierbar sein würde.“

Heine soll noch die Frage beantworten, ob die Justizverhältnisse damals derartige waren, daß an eine ordnungsmäßige Durchführung des Strafverfahrens gegen die Mörder Luxemburgs und Liebknechts möglich gewesen wäre. Der Zeuge antwortet auf diese Frage mit einem entschiedenen „Ja“. Dem Nebenkläger genügt diese Antwort nicht. „Wenn Sie, Herr Zeuge, von der Art, in der ich die Untersuchung führte, eine Erschütterung der Rechtspflege befürchteten, weshalb haben Sie nicht eingegriffen?“ fragt er. „Ich habe ja eingegriffen, indem ich den eben verlesenen Brief geschrieben habe; Der Brief hatte Sie ja gezwungen, die Verhaftung Bogels vorzunehmen. Im übrigen trug bei der großen politischen Bedeutung des Verbrechens nicht bloß ich als preussischer Justizminister die Verantwortung, sondern sie traf einen jeden Deutschen, auch Sie, Herr Jorns! Sie haben aber am Rande des Verichts die Rolle gemacht: „Fällt nicht unter die Verantwortung des preussischen Justizministers!“

Der Runge-Komplex wird noch ausführlich am Mittwoch bei Vernehmung des Jägers Runge, jetzt Radoff genannt, zur Erörterung kommen.

## Blickpulver explodiert!

### Arbeiterinnen lebensgefährlich verletzt.

Am Montag nachmittag ereignete sich in einer Fahrt für photographische Artikel der Firma Lumière G. m. b. H. in der Alten Jakobstraße 23/24 eine schwere Explosion von Blickpulver. Dabei erlitten vier Arbeiterinnen zum Teil lebensgefährliche Verbrennungen.

Die Fabrikationsräume der Lumière G. m. b. H. befinden sich im 4. Stockwerk des ersten Ouergebäudes. Die Firma stellt photographische Artikel her, u. a. auch ein Pulver für Blickpulver. In einem einseitigen Saal wird dieses Blickpulver von Arbeiterinnen in kleine Glasbehälter, an denen sich eine Weisvorrichtung zur Selbstentzündung befindet, gefüllt. Gestern nachmittag waren in diesem Raum vier Frauen mit diesen Füllarbeiten beschäftigt. Auf dem gemeinsamen Arbeitstisch standen etwa 100 bis 150 Gramm von dem hochexplosiblen Pulver, das in kleine Behälter mit je zwei Gramm Inhalt gefüllt werden sollte. Plötzlich gab es ein lautes Hissen, dem sofort eine heftige Detonation folgte. Der ganze Pulvervorrat war explodiert, und mehrere gewaltige Stichflammen schossen durch den Raum. Alle vier Arbeiterinnen wurden von den Flammen erfaßt.

Mit brennenden Kleidern und verengten Haaren eilten die Unglücklichen unter gellenden Hilferufen in die Nebenräume.

Hier eilten ihnen Arbeitskollegen zu Hilfe, die durch Übermerken von Bekleidungsstücken die Flammen erstickten.

Das Unglück holte im Augenblick den ganzen Betrieb in Mitleid verwickelt. Die Feuerwehr und das Städtische Rettungswesen erschienen auf den Hilferufen mit ihren Fahrzeugen schon nach kurzer Zeit an der Unglücksstelle. Drei Arbeiterinnen, die 23jährige Marie Zwickel aus der Wiener Straße 8, die 14jährige Marie Zwickel aus der Sebastianstraße 21 und die 20jährige Melanie Dzewski aus der Alten Jakobstraße 20, wurden sofort ins Urban-Krankenhaus gebracht. Am schwersten sind die Verletzungen der Frau Kunisch, für deren Befinden Befürchtungen gehegt werden. Die vierte Verunglückte, eine 23jährige Charlotte Himmann, Kottbuser Ufer 17, konnte nach Anlegung von Reithenden durch Samariter der Feuerwehr in ihre Wohnung entlassen werden. — Die Stichflammen hatten auch die Regale und Tische in den Unglücksräumen in Brand gesetzt.

Die Untersuchung wird sich in erster Linie darauf erstrecken müssen, ob bei der Firma alle Schutzbestimmungen ordnungsgemäß durchgeführt wurden. Sollte sich dabei Belastendes für die Bekler des Unternehmens ergeben, so erfordert die Sicherheit der Arbeiterinnen, daß die Schuldigen rücksichtslos zur Verantwortung gezogen werden.

## Aluixio Arcevedo

# Ein brasilianisches Mietshaus

Ein Streit ergab den anderen, und es dauerte nicht lange, da verging im Hause des Steinmehs kein Tag ohne Fankereien. Es war kein Zweifel mehr: Jeronymo hatte nur noch Augen und Ohren für Rita Bahiana. Er konnte an Nummer neun nicht vorübergehen, ohne stehenzubleiben und sich zu erkundigen, wie es ihr ginge. Die Tatsache, daß sie sich während seiner Krankheit so freundlich erwiesen hatte, bot ihm einen Vorwand für seine Aufmerksamkeit. Er erfüllte einfach eine Pflicht der Dankbarkeit, die Geschenke, Sunstbezeugungen und Höflichkeitsbeweise ohne Grenze forderte. Auch entwickelte er ein erstaunliches Interesse für das Ergehen Beocadias. Da Rita ihre Freundin und Beschützerin war, erschien es doch nur natürlich, daß er sich häufig erkundigte, wie es denn der „armen kleinen Frau“ ginge.

„Sie haben ganz recht getan, Dona Rita, absolut recht. Sie haben damit bewiesen, daß Sie eine Dame mit gutem Herzen sind.“

„Ah, mein Freund, wir müssen doch in dieser Welt gütig sein, denn wir wissen nie, ob wir nicht selbst einmal jemandes Güte brauchen werden.“

Rita teilte dem Steinmeh mit, sie hätte die Frau des Schmieds erst bei ein paar befreundeten Waschfrauen in der Rua Cattete untergebracht und ihr später eine Stelle als Kinderpflegerin bei einer Familie besorgt, für die sie früher gewaschen hatte. Und jetzt hatte Beocadia eine noch bessere Stelle in einer Mädchenschule.

„Kein, ausgezeichnet!“ meinte Jeronymo beifällig. „Ja, so geht's“, erklärte die Mulattin. „Die Welt ist weit und hat Raum für Dide wie für Magere. Nur ein Narr begeht Selbstmord.“

Jeronymo nahm nie seine Gitarre zur Hand, ohne zu versuchen, die Melodien zu spielen, welche die Bahianerin sang. In Nächten, in denen sich alle zu einer „Samba“ versammelten, kam er als Erster und ging als Vierter. Dann stand er verfunken wie am ersten Abend und sah, jeder anderen Regung unfähig, der Mulattin beim Tanz zu. Und

sie, die wohl merkte, was für einen Zauber sie auf ihn ausübte, tanzte für ihn und vor ihm und berührte ihn sogar mit ihrem wirbelnden Rock.

Und sie lachte.

Es war kein Zweifel, Jeronymo war in Ritas Bänden. Biedade suchte in ihrer Verzweiflung die Hege auf und steckte sie an, ihr zu helfen. Die alte Negerin schloß sich mit der Wittstillerin ein, zündete Wachskerzen an und verbrannte aromatische Zauberkräuter. Dann schlug sie Biedade die Karten, und nach einem komplizierten Verfahren mit Königen, Damen und Büben, bei dem die Hege jedesmal tabbalistische Formeln murmelte, erklärte sie mit äußerster Ruhe und Feierlichkeit, und ohne die Augen von den Karten zu erheben, sein Kopf sei von einer dunklen Frau verdreht worden.

„Rita Bahiana!“ rief Biedade aus, die von den Rünsten der Hege überzeugt war. „Ich habe es die ganze Zeit im Herzen gefühlt. Oh, mein armer, lieber Mann; mein armer, lieber Mann!“ Und sie meinte, wusch sich die Augen mit dem Schürzenzipfel ab und hat die Hege um der Liebe zu dem armen kleinen Seelchen im Fegefeuer wissen, ihr ein Heilmittel für das unerträglich Leiden zu geben.

„Wenn ich diesen Mann verliere, Dona Paula“, schluchzte das unglückliche Wesen, „weiß ich nicht, was aus mir werden soll. Geben Sie mir etwas, das ihn zu mir zurückführt — ich kann einfach nicht ohne ihn leben.“

Nach einigem Nachdenken und weiterem Befragen der Karten riet die Negerin der unglücklichen Frau, etwas von dem Wasser, in dem sie sich wusch, aufzuheben und es jeden Morgen in den Kaffee zu mischen, den sie ihrem Manne zu trinken gab. Wenn das noch nichts half, mußte ein stärkeres Zaubermittel angewandt werden. Dann mußte sie eine Locke ihres haares abschneiden, sie verbrennen und unter sein Essen mischen.

Biedade lauschte diesen Anordnungen mit tiefem, andachtsvollen Schweigen und mit der lümmelvollen Miene eines Menschen, dem der Arzt eine entmutigende Diagnose für einen geliebten Kranken stellt. Dann legte sie eine Silbermünze in die Hand der Zauberin und versprach, falls sich ihre Rezepte als wirksam erwiesen, eine noch höhere Belohnung.

Aber nicht nur die Portugiesin war durch Jeronymos Leidenschaft für die Mulattin erbittert. Auch Firma hatte die Flamme entdeckt, die seine Freundin im Herzen eines

Rivalen entzündet hatte, und bedauerte den Steinmeh mit herausfordernden Blicken. Er arbeitete jetzt regelmäßig und wohnte nicht in der Siedlung, obwohl er seine Nächte in Ritas Haus zubrachte und Sonntags von früh bis spät in ihrer Gesellschaft blieb, während des ganzen lärmenden Festes, das die Arbeiter regelmäßig an ihrem Ruhetage feierten. Eines Tages kam er unerwartet schon mittags an und sah gerade, wie sich der Portugiese mit Rita unterhielt, die an ihrer Wanne arbeitete. Er ging ohne ein Wort zu sprechen vorüber nach Nummer neun, wohin sie ihm bald folgte. Er erwähnte nichts von seinen Besorgnissen, machte aber auch keinert Anstalten, seine Mißstimmung zu verbergen. Den ganzen Nachmittag war er reizbar und übergelaunt und blieb so bis nach dem Essen; dann schlürfte er „Baroty“ und fing an von Schlägereien zu erzählen, von den Heldentaten, die er in seiner wilden Jugend mit dem Rasiermesser vollbracht hätte, und gab schließlich der Weinung Ausdruck, daß solche Reihobden die einzigen seien, um private Rechnungen zu begleichen. Unter seinen früheren Ruhmes-taten waren auch zwei Angelegenheiten mit „dänischen Einwanderern“, die zählte er aber nicht mit, denn solche Leute sah er nicht als menschliche Geschöpfe an — man konnte sie ausschlagen, wie man ein Schwein schlachtet. Rita verstand, worauf er hinielt, und versuchte seine Eifersucht zu beschwichtigen.

Früh am nächsten Morgen gingen die beiden Männer über den Hof, und die Bide, die sie austauschten, konnten nur als offene Herausforderung gedeutet werden. Aber keiner sprach ein Wort. Rita beschloß, den Steinmeh zu warnen, da sie genau wußte, daß Firma in einer seiner Eifersuchtsanwandlungen vor nichts Halt machte. Aber als Jeronymo mittags vom Steinbruch zurückkam, war im Hause bereits ein neuer Standal im Gange, diesmal in Nummer 12, zwischen der alten Marcianna und ihrer Tochter Florinda, und so vergaß sie die Gefahr, in der der Portugiese schwebte.

Marcianna hatte sich schon lange wegen ihrer Tochter Sorgen gemacht. In diesem Tage nun hatten die beiden bei Tisch geessen, und Florinda war vor Erbs der Mahlzeit aufgestanden und ins Schlafzimmer gelaufen, wo Marcianna sie fand.

„Was ist mit dir los?“ forschte sie und sah dem Mädchen fest ins Gesicht.

„Nichts, Mama“, war die Antwort.

„Aber wie ist dir denn, was fühlst du denn?“

„Nichts, Mama; nichts.“ (Fortsetzung folgt.)

# Magistrat berät Haushalt 1930

Auf der Suche nach neuen Ersparnismöglichkeiten.

In der gestrigen außerordentlichen Magistratsitzung wurde die Beratung des Haushalts 1930/31 begonnen.

In den Kapiteln XI—XIV (Allgemeine Verwaltung, Polizeiverwaltung, Bauverwaltung, Wohnungs- und Siedlungswesen) wurden die einzelnen Positionen auf die Möglichkeit von Ersparnissen gegenüber dem ersten Voranschlag durchgeprüft. Generell wurde beschlossen, die Vorbehaltsmittel der zentralen Verwaltungen wie der Bezirke um ein Drittel zu kürzen. Die Vorbehaltsmittel der Bezirksämter haben dieser Kürzung bereits zugestimmt. Die Vorbehaltsmittel des Magistrats betragen bisher 1 Million, die der beiden zentralen städtischen Körperschaften 3 Millionen, die Vorbehaltsmittel der Bezirke 875 000 M. Erspart werden hierdurch also rund 1,6 Millionen Mark. Gestrichen wurden weiterhin 938 000 M., die für die Volkszählung des nächsten Jahres eingelegt waren. Bei den Kosten der Baupolizei wurde beschlossen, durch eine allgemeine Erhöhung der Gebühren den bisher vorhandenen Bedarf nach Möglichkeit auszugleichen. Die Repräsentationskosten der Stadt wurden um die Hälfte der Ist-Ausgaben des Vorjahres verringert. Der Magistrat setzt seine Beratung am Mittwoch fort.

Die Frage der Pensionierung des Oberbürgermeisters bedarf dringend der Klärung. Es ist möglich, daß die Stadinerordnetenversammlung schon am Donnerstag bei der Beratung der Anträge, die sich mit Böß beschäftigen, auch zu der Pensionierungsfrage Stellung nehmen muß. Es liegt uns fern, und wir haben das bereits oft an dieser Stelle betont, uns mit besonderem Eifer für Herrn Böß einzusetzen, der von seiner eigenen demokratischen Partei bereits fallen gelassen wurde, als die ersten Gerüchte einer unkorrekten Auslieferung ausstrahlten. Aber wir haben das Interesse der Viermillionenstadt Berlin im Auge und das erfordert dringendst eine schnelle Bereinigung der Angelegenheit. Die verantwortungsbewußten Parteien im Rathaus sollten sich deshalb ernsthaft überlegen, ob sie durch Einbringung eines Initiativantrages nicht die Bahn für das neue Oberhaupt der Reichshauptstadt freimachen wollen.

## Strafanträge im Tischerwenzelprozess.

Staatsanwalt fordert mehrjährige Gefängnisstrafen.

Der Staatsanwalt stellte im Tischerwenzelprozess folgende Anträge:

Gegen Karamidze wegen fortgesetzten vollendeten und versuchten Münzverbrechens zwei Jahre neun Monate Gefängnis, wegen Urkundenfälschung zwei Monate Gefängnis; beide Strafen sind zu einer Gesamtsstrafe von zwei Jahren zehn Monaten Gefängnis zusammenzusetzen; gegen Sadathieraschwill wegen vollendeten und versuchten Münzverbrechens zwei Jahre vier Monate Gefängnis und wegen Urkundenfälschung zwei Monate Gefängnis, eine Gesamtsstrafe von zwei Jahren fünf Monaten Gefängnis, gegen Böhle wegen Beihilfe zu versuchten Münzverbrechen vier Monate Gefängnis, gegen Bell wegen Münzverbrechen ein Jahr sechs Monate Gefängnis und wegen Betruges zwei Monate Gefängnis. — Die Strafen sind zu einer Gesamtsstrafe von einem Jahr sieben Monaten Gefängnis zusammenzusetzen. Gegen Schmidt wegen Betruges in zwei Fällen soll einer an und für sich verwirkten Gefängnisstrafe in Höhe von zwei Monaten — eine Geldstrafe von 6000 Mark. Becker ist freizusprechen, das Verfahren gegen Weber ist auf Grund der Amnestie einzustellen.

## Urkundenunterdrückung oder nicht?

Ein Justizsekretär unter schweren Anklagen.

Unter der schweren Anschuldigung der gewaltsamen Urkundenunterdrückung in Verbindung mit versuchtem Betrug und passiver Bestechung sowie wegen Beihilfe zum Meineid, also Verbrechen, auf die Zuchthausstrafen stehen, hatte sich der Justizsekretär Georg Ahlhorn vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte zu verantworten.

Der Angeklagte befehlte seit 1920 beim Amtsgericht Berlin-Mitte das Amt eines Justizsekretärs. In dieser Eigenschaft hatte er auch mit Testamentssachen zu tun. Die Eheleute A. hatten eigenmächtig 1920 ein gemeinschaftliches Testament errichtet. Nach dem Tode des Ehemannes erschien die Witwe mit dem Testament beim Amtsgericht Berlin-Mitte zur Testamentsöffnung. Ahlhorn stellte die Ungültigkeit fest, da Frau A. ihren Namen ohne die erforderlichen Zusätze und ohne Angabe von Ort und Datum unterschrieben hatte. Die Witwe war sehr bestürzt. Der Justizsekretär suchte sie zu beruhigen und sagte, die Sache könne noch gemacht werden. Am Nachmittag erschien er in der Wohnung der Witwe und fragte, ob noch dieselbe Linte vorhanden sei. Als das bejaht wurde, erklärte er, er werde dem Testament durch einen Nachtrag Gültigkeit schaffen, das koste aber 125 M., denn er mache sich strafbar. Die Witwe bekam Bedenken und zog auf Anraten einer Nachbarin einen Anwaltsgesuch zu Rate. Ahlhorn kam am nächsten Nachmittag wieder in die Wohnung, nahm das Testament aus seiner Tasche und ließ sich die Linte bringen. Bevor es aber zu der „Verbesserung“ des Testaments kam, traten aus dem Nebenzimmer der Amtsgerichtsrat und ein Justizinspektor und stellten den Angeklagten. In der Handlungsweise des Angeklagten erlitt die Anklage eine Urkundenunterdrückung, da der Angeklagte das Schriftstück zeitweise aus dem amtlichen Gewahrsam enthielt, hatte, gleichzeitig einen versuchten Betrug durch die beabsichtigte Änderung des Testaments und in der Geldforderung passive Bestechung.

Der zweite Teil der Anklage, die Bestechung zum Meineid, betraf ein persönliches Gebiet des Angeklagten. Er war von einer Hausangestellten J. aus Alente verhaft worden. Am Terminstage soll er sie überredet haben, bei ihrer früheren Aussage zu bleiben, daß er nicht der Vater des Kindes sei.

Der Staatsanwalt beantragte 1 Jahr 5 Monate Zuchthaus, Ehrverlust und Haftbefehl. Nach längerer Beratung kam das Schöffengericht zu einer Verurteilung des Angeklagten lediglich wegen passiver Bestechung. Die Strafe, die über ihn verhängt wurde, lautete auf 9 Monate Gefängnis und Unfähigkeit zur Bestechung öffentlicher Beamter auf die Dauer von drei Jahren. Unter Beiseitehaltung von Urkunden versteht dieses Gericht, so sagte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Steinhörs, im Urteil, im bewußten Gegenfall zum Reichsgericht, diese vorübergehende Entnahme nicht. Der Angeklagte habe allerdings höchst pflichtwidrig gehandelt. Von der Anklage zur Bestechung zum Meineid wurde der Angeklagte mangels ausreichenden Beweises freigesprochen.

# Mörder „Ali“ verhaftet.

Wessel ist das Opfer eines politischen Racheaktes.

Der Mordanschlag auf den 22-jährigen nationalsozialistischen Studenten Ludwig Wessel, der bekanntlich am 14. Januar in den späten Abendstunden in seinem möblierten Zimmer in der Großen Frankfurter Str. 62 von drei Männern überfallen und niedergeschossen wurde, geht jetzt durch die Verhaftung des Haupttäters seiner reiflichen Klärung entgegen. Dieser, ein 32-jähriger arbeitsloser Tischler Albrecht Höfler, genannt „Ali“, aus der Mulackstraße 13, wurde gestern festgenommen. Aus dem bisherigen Geständnis des Höfler geht nun endgültig und einwandfrei hervor, daß es sich um einen vorbereiteten politischen Racheakt handelt.

Einer der an dem Überfall Beteiligten konnte, wie wir berichteten, bereits vor etwa acht Tagen ausfindig gemacht und festgenommen werden. Von dem flüchtigen Höfler fehlte zunächst jede Spur, man glaubte zunächst, daß er in Berlin von kommunistischen Gesinnungsgenossen vor den Augen der Polizei verborgen gehalten werde. Da die politische Polizei aber alle Schlupfwinkel vergebens durchsuchte, gewann schließlich die Vermutung immer mehr Raum, daß Höfler Berlin verlassen habe und sich irgendwo außerhalb unter falschem Namen aufhalte. Diese Annahme hat ihre Bestätigung gefunden. Höfler, der die ganze Zeit nach der Tat außerhalb Berlins weilte, kehrte gestern heimlich nach Berlin zurück. Er wurde von Beamten der politischen Polizei jedoch erkannt und sofort festgenommen. Er leistete keinen Widerstand.

Höfler wurde auf das Polizeipräsidium gebracht und dort vom Kriminalrat Weigel sofort einem Verhör unterzogen. Er gab die Tat ohne weiteres zu. Der Nationalsozialist Wessel sei ihnen schon lange ein Dorn im Auge gewesen und man hätte damals beschlossen, „ihm eins auszuwaschen“. Vor allen Dingen habe man an ihn Rache nehmen wollen, weil sie glaubten, daß Wessel eines Nachts auf den 16-jährigen Jungkommunisten Camillo Roth einen Schuß abgefeuert habe, durch den dieser schwerverletzt wurde. Schon nach der kurzen Vernehmung bekam Höfler einen Schwächeanfall, so daß sein weiteres Verhör auf heute verschoben werden mußte. Die Polizei wird im Laufe des Tages einen Teil des in dieser Affäre gesammelten Materials veröffentlichen.

## Erkaufte Selbstbeziehung?

Sensationelle Enthüllungen in der Kulmbacher Affäre.

Bayreuth, 3. Februar. (Eigenbericht.)

Die Kulmbacher Mordaffäre des Brauereibesizers Heinrich Meuhdörfer wachst sich neuerdings mehr und mehr zu einem Skandal aus. Die Behauptung seines Verteidigers, daß die zwei Arbeiter Schubert und Popp „gestanden“ haben, einen Raubmord an Frau Meuhdörfer begangen zu haben, soll zwar der Wahrheit entsprechen, jedoch handelt es sich offenbar um eine mit Geld erkaufte Selbstbeziehung.

Auf der Redaktion der hiesigen sozialdemokratischen „Frän-

sischen Volkstribüne“ erschienen am Montag der Bruder und die Schwester des Schubert und erklärten übereinstimmend, daß der Frau ihres Bruders 6000 M. geboten worden, wenn ihr Mann sich als der Mörder der Frau Meuhdörfer bezeichne. Dieses Angebot stamme von dem Bruder des mordverdächtigen Kammerdieners, dem früheren Landtagsabgeordneten und Witinhaber der Mönchsbrauerei in Kulmbach, Wilhelm Meuhdörfer. Zum Beweis für diese Behauptung legten die Geschwister Schubert den Originalbrief Wilhelm Meuhdörfers an Frau Schubert vor sowie eine Bestätigung der Vereinsbankstelle, auf der die 6000 M. für Frau Schubert bereits deponiert waren. Die gleichen Angaben machten die Geschwister Schubert später auch gegenüber dem Staatsanwalt, der die Untersuchung gegen den verhafteten Kammerdiener führt. Sie sind nur durch einen Zufall in den Besitz der beiden Schwestern gelangt, die von ihrer Schwägerin sorgfältig geheimgehalten wurden.

Auf welche Weise die Selbstbeziehung der beiden Arbeiter zustande kam, ist im einzelnen noch nicht aufgeklärt. Vorläufig sind beide noch in Haft. Sie werden jedoch nach Mitteilung des Staatsanwalts bald entlassen werden. Der Verdacht gegen Kammerdiener Heinrich Meuhdörfer, der zur Zeit in der psychologischen Abteilung des Landgerichts Nürnberg auf seinen Geisteszustand untersucht wird, hat sich durch die geschilderten Umstände jedenfalls noch erheblich verstärkt.

## Ein gerissener Ausbrecher.

Der Fassadenkletterer mit der Juwelenkiste.

Ein Abenteuerer und Schwerverbrecher, der zuerst im August 1926 in Berlin aufstachle, ist aus dem Gefängnis in Tegel ausgebrochen. Es handelt sich um einen 35-jährigen Herbert Sandowitsch.

Sandowitsch führte stets eine Seemannskiste bei sich, deren Inhalt ihm besonders am Herzen zu liegen schien. Als man die Kiste einmal öffnete, als der Befehl ein Krankenhaus aufgesucht hatte, zeigte es sich, daß sie mit den kostbarsten Schmuckstücken bis oben hin gefüllt war. Sandowitsch war schon einmal aus der Strafanstalt in Kottbus entwichen. Auf Grund eines Ausschreibens hatte man die Herkunft der Juwelen festgestellt. Sandowitsch hatte sie aus Privathäusern und Villen in Amerika, besonders bei New York und in Palm Beach erbeutet. Als Fassadenkletterer war er dort tätig gewesen. In einem Falle hatte er besonderen Erfolg gehabt. In der Villa, die er zur Nachtzeit heimlich betrat, war tags zuvor Hochzeit gewesen und der reiche Schmutz der Braut lag noch auf dem Geschenktisch. Sandowitsch ließ nicht ein Stück zurück. In Palm Beach und in Miami fielen ihm einmal Juwelen im Werte von 170 000 Dollar in die Hände, darunter ein Smaragd in der Größe eines Hühnerkies. In Amerika war er, wie die dortigen Behörden nach Berlin mitteilen, mehrfach zu schweren Kerkerstrafen verurteilt gewesen und hatte einmal in einem New-Yorker Gefängnis eine Meuterei in Szene gesetzt.

## Neubauwohnungen auch für Ledige.

Aber man muß 35 Jahre alt sein.

In der Vergebung der mit öffentlichen Mitteln errichteten Neubauwohnungen treten mit Wirkung vom 15. Februar folgende Änderungen ein:

Die nur mit Hauszinssteuer ohne Sonderzuschüsse gebauten Wohnungen können außer von den bisher zu ihrem Bezuge berechtigten Personen nunmehr auch gemietet werden von eingelegenen Ledigen und alleinstehenden Reichsdeutschen, die das 35. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens 5 Jahren in Berlin wohnen.

Dieserjenige Wohnungen, die mit Hauszinssteuer und Sonderzuschüssen der Stadt verbaut worden sind und auf den „grünen Neubaufeldern“ vermielt werden, dürfen von dem genannten Tage ab an folgende Bewerber vergeben werden: 1. An Reichsdeutsche, die eine brauchbare und durch das Wohnungsamt vermieltbare „Altwohnung“ — das ist eine vor dem 1. Juli 1918 erbaute Wohnung — mit höchstens 4 Zimmern in Berlin dem Wohnungsamt zur Verfügung stellen. 2. a) An reichsdeutsche Familien ohne Kinder, die seit mindestens 2 Jahren in Berlin wohnen und seit mindestens 1 Jahr als Wohnungsuchende bei einem Berliner Wohnungsamt eingetragen sind; b) an reichsdeutsche Familien mit 1 oder mehreren Kindern, die in der Liste eines Berliner Wohnungsamtes eingetragen sind und seit mindestens ½ Jahr in Berlin wohnen.

## Höchstleistungen unserer Feuerwehr.

Zunahme der Alarmierungen um 35 Prozent.

Die Berliner Feuerwehr ist im Jahre 1929 in 15 502 Fällen gerufen worden. Mit Ausnahme des November, der „nur“ 873 Alarmierungen brachte, wurde die Feuerwehr in allen anderen Monaten über 1000mal alarmiert. Gegenüber dem Vorjahre bedeuten diese 15 502 Alarmierungen eine Zunahme um 4052, das sind mehr als 35 Prozent. Diese Steigerung ist zum großen Teil eine Folge der abnormen Witterung der großen Kälte im Winter und der großen Hitze im Sommer 1929.

541mal betrafen die Alarmierungen Brände (375 Großfeuer, 865 Mittelfeuer, 3925 Kleinf Feuer, 243 Schornsteinbrände), 7830mal Hilfeleistungen, hiervon allein 1830 Gasvergiftungen und über 2000 Wasserrohrbrüche, 260mal mußte die Feuerwehr Verkehrshindernisse beseitigen und 300mal gestürzte Pferde aufheben. Ueberraschen dürfte es, daß nicht weniger als 200 Bienen, Schwärme von der Feuerwehr eingefangen werden mußten. Bei 1335 Alarmierungen war kein Feuer zu finden, es war, wie der Feuerwehrmann sagt, „blinder Lärm“; 676mal wurde die Wehr böswillig alarmiert.

## Gegen den Alkohol!

Generalsversammlung der Berliner Arbeiter-Abstinenten.

Die letzte Generalsversammlung der Berliner Ortsgruppe des Deutschen Arbeiter-Abstinentenbundes fand im Hause des Metallarbeiterverbandes statt.

Vorstands- und Kassenbericht zeigten von vielseitiger praktischer Arbeit auf dem Gebiete des Gaststättenwesens, der

Trinserfürsorge, des Ausstellungs-, Vortrags- und Schulungswesens. Sie zeigten aber auch, daß es diesen Organisationen einfach unmöglich ist, ihre vielfältige Arbeit mit den geringen Einnahmen aus den Beiträgen der Mitglieder zu leisten, sondern daß zur Erhaltung ihrer im Interesse der Volksgesundheit und Volkswirtschaft liegenden Tätigkeit behördliche Zuschüsse unbedingt nötig sind. Wohl wäre es erstrebenswert, wenn alle diese Arbeiten in den Händen der Behörden lägen, die dazu berufen sind und verpflichtet sind; solange dieses Ziel aber nicht erreicht ist, haben diese Behörden zumindest die Aufgabe, die Abstinenzorganisationen in ihrer segensreichen Tätigkeit finanziell und ideell zu unterstützen. Besonders lebhaftes Interesse fand ein Antrag, neben der im Bezirk Kreuzberg vom Arbeiter-Abstinentenbund errichteten alkoholfreien Gaststätte (die demnächst verlegt werden soll) eine zweite im Norden, im Bezirk Wedding, zu schaffen. Die Räume dazu sind bereits vorhanden, die notwendigen Mittel zur Errichtung der Gaststätte stehen auch schon zur Verfügung.

Die Tätigkeit der Organisation zeigt, daß sie den festen Willen hat, positiv an dem großen Befreiungskampf der Arbeiterschaft mitzuarbeiten.

## Die Frauenleiche in der Schurre.

Am 26. Januar brannte auf dem Gehöft des Christian Bree in Kropfen in Schleswig eine Scheune nieder. Beim Aufräumen des Brandschuttes fand man die fast völlig verrostete Leiche einer jüngeren Frau, die im Ort unbekannt gewesen ist. Der Sektionsbefund ergab, daß die Frau im vierten Monat schwanger gewesen war. Gefunden wurden noch Korsettsagen und Teile eines verbrannten Buches. Das Korsett hat die Frau wahrscheinlich getragen, um ihren Zustand zu verbergen. Bisher ist es nicht möglich gewesen, die Persönlichkeit festzustellen. Nach einer Mitteilung sollte es sich um eine Frau Luise Baumer, geb. Günther aus der Auguststraße zu Berlin handeln, dort ist aber, wie die Nachforschungen ergaben, eine Frau Baumer nicht gemeldet gewesen und auch sonst nicht bekannt.

Ein Kennzeichen ist ein an einer Gummienplatte befestigter künstlicher Schneidezahn im Oberkiefer. Es ist der zweite Zahn von rechts. Mitteilungen werden an die Inspektion A. im Berliner Polizeipräsidium erbeten.

## Wann kommt die Stresemannstraße?

Die Stadterordnetenversammlung hatte vor einiger Zeit den Antrag, der die Umbenennung der Königgräber Straße in Stresemannstraße forderte, einen Ausschuss überwiesen. Dieser Ausschuss hat gestern durch einen Abstimmungsfehler des kommunistischen Vorsitzenden einen Beschluß gefaßt, der die Schaffung einer Stresemannstraße in Berlin überhaupt ablehnt. Tatsächlich ist jedoch auch im Ausschuss durchaus eine Mehrheit für die Umbenennung vorhanden, nur konnte man sich bisher über die Umbenennende Straße noch nicht einigen. Es scheint beinahe, als ob Berlin auf die Stresemannstraße so lange warten müssen, wie seinerzeit auf die Friedrich-Ebert-Straße.

Ferner wurden gestern in einem anderen Stadterordneten-ausschuss einige Umorganisationen im höheren Schulwesen Berlins beschlossen. Ueber die Auswirkung dieser Beschlüsse werden wir noch berichten.

## Weltwirtschaftliche Weisheiten.

Die Deutsche Weltwirtschaftliche Gesellschaft hatte sich den den christlichen Gewerkschaften nahestehenden Professor Böh Brieß vertrieben, um sich über „Sozialproblem und Sozialpolitik“ dozieren zu lassen.

Der Herr Professor konstatierte das der hohen Zuhörerschaft offenbar unbekannte Faktum, daß jede Gesellschaftsverfassung soziale Probleme aufwerfe. Jede soziale Problematik erzeuge nun bei den sich benehrenden fühlenden Schichten Ideale einer neuen Gesellschaftsstruktur, die in Widerspruch zum Bestehenden treten. Diesen Widerspruch nannte der Herr Professor „dialektisch“, offenbar um mit Karl Marx zu kokettieren, ohne ihn jedoch zu verstehen. Wie leicht er sich die Widerlegung von Marx machte, zeigt der von ihm ausgesprochene fundamentale Satz: „Das Gesellschaftsbild von Marx ist schief und darum (?) falsch!“ In solchen unbewiesenen und nicht einmal immer sehr einschneidenden Behauptungen und Feststellungen ließ es der Vortragende auch weiterhin nicht fehlen. Das Mittelalter glorifizierte er als die Zeit einer Gesellschaftsordnung, in der das wirtschaftliche Prinzip keine entscheidende Rolle gespielt habe. Jeder Traum von einer Gesellschaftsordnung ohne soziale Konflikte müßte nach Herrn Professor Brieß eine Utopie sein, weil (!) das Leben vernunftgemäßer Regelung unzugänglich sei!

## Freiballon „Reichsmilchschuß“.

Am Sonntag fand in Tempelhof in Gegenwart des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft Dietrich die feierliche Taufe und der erste Aufstieg eines Freiballons statt, der vom Reichsmilchschuß zu Werbezwecken in den Dienst gestellt wurde. Reichsminister Dr. Dietrich hielt die Taufrede. Er führte aus, daß der Reichsmilchschuß aus volksgesundheitlichen und wirtschaftlichen Gründen den Verbrauch von Milch und deutschen Molkereiprodukten zu fördern bestrebt sei. 1929 seien 450 Millionen Liter Milch mehr konsumiert worden, das bedeutet für die Landwirtschaft eine Mehreinnahme von 9 Millionen Mark. Mit dem Ruf „Glück ab“ zerfiel der Rintner eine Milchflasche an der Gondel des Ballons. Der Ballon, in den Farben Silber, Rot und Blau gehalten — der erste farbige Freiballon — wurde von dem Freiballonführer Dr. Brädelmann zu seiner ersten Fahrt geführt.

Alle Propaganda für den Milchgenuss, vor allen Dingen aber alle Bemühungen um Herabsetzung des Preises für dieses wichtige gesundheitsfördernde Nahrungsmittel in hohen Ehren! Dem Laien scheint indessen schwer ersichtlich, wie ein Ballon, der hoch in den Lüften schwebt, wirksame Propaganda für den Milchgenuss machen soll. Die Aufschrift „Reichsmilchschuß“ wird nicht immer zu lesen sein, die Verbreitung von Flugzetteln ließe sich billiger als durch Abwerfen aus einem Ballon erreichen.

## Sag Rotweh vor?

Aus Köln wird durch Wolffs Telegraphenbüro gemeldet: Am Sonntag Suelt kam es zu einem Zusammenstoß zwischen einem etwa 30jährigen Arbeiter, der Postkanten beschäftigte, und einem Polizisten. Als der Beamte eingriff, schlug ihm der Arbeiter ins Gesicht und versuchte ihm die Pistole vom Leibriemen zu entreißen. Der Beamte fiel zu Boden und erhielt noch mehrere Schläge gegen den Unterleib. Als er sich endlich durch den Gebrauch des Selbstwehrechts freigemacht hatte, ließ der Arbeiter in ein Haus und bedrohte den Beamten weiter. Bei der Verfolgung erhielt der Beamte abermals einen Schlag mit einem harten Gegenstand. Der Polizeibeamte gab darauf zwei Schüsse ab, von denen der zweite den Angreifer kampfunfähig machte. Der Angeschossene starb kurz nach seiner Einlieferung im Krankenhaus. Der Vorfall bedarf dringend der Untersuchung und Aufklärung.

Kieburg gestorben. Der frühere Leiter des Berliner Ansehungsamtes, Kieburg, der bekanntlich nach der grundlegenden Reorganisation dieses städtischen Betriebes im Jahre 1925 entlassen wurde, ist an den Folgen einer Mandelentzündung gestorben. Kieburg spielte, wie erinnertlich, in der Sklare-Untersuchung eine Rolle, und gegen ihn selbst war ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden, in dem die Verhältnisse bei der Ansehungsanstalt unter seiner Leitung eine Prüfung unterzogen werden sollten. Ein eigenartiges Zusammentreffen ist es, daß Kieburg, ebenso wie ein Nachfolger beim Berliner Ansehungsamt, Obermagerstr. 13, Schallbach, im Laufe der Sklare-Untersuchung gestorben ist.

3. Hauptversammlung des DVC. Im Römertal des Kroll-Cinemas hielt der Deutsche Auto-Club seine 3. ordentliche Hauptversammlung ab. Am Verlaufe der Versammlung, die aus allen Gegenden des Reiches stark besucht war, wurden dem Vorstand und dem Schatzmeister Entlassung erteilt. Für den freiemordenden Posten des stellvertretenden Sportpräsidenten wurde Dr. Heymann-Düßeldorf einstimmig gewählt. Abends gab der DVC in denselben Räumen einen Empfang. In einer kurzen Ansprache schilderte der 1. Vorsitzende Dr. Brandt den plänseligen Aufstieg des republikanischen Auto-Clubs. Schon nach einjährigem Bestehen zählte der Club 3100 Mitglieder. Heute kann der Auto-Club bereits die stattliche Mitgliederzahl von rund 3600 republikanischen Autobesitzern aufweisen. Ein Vertreter des Touring-Clubs überbrachte im Anschluß daran dem Auto-Club die Grüße seiner Organisation.

## Parteinachrichten für Groß-Berlin

- Einladungen für diese Rubrik sind Berlin SW 68, Lindenstraße 1.
1. Kreis Kiepertstr. Mittwoch, 3. Februar, 18 Uhr, wichtige Bezirksversammlung in der Schulstraße 10, Reichsmilchschuß, Vortrag: „Sozialpolitik und die Schenkung“, Referent: Genosse Kiepert, Lindenstraße 1.
  2. Kreis Kiepertstr. Mittwoch, 3. Februar, 18 Uhr, wichtige Bezirksversammlung in der Schulstraße 10, Reichsmilchschuß, Vortrag: „Sozialpolitik und die Schenkung“, Referent: Genosse Kiepert, Lindenstraße 1.
  3. Kreis Kiepertstr. Mittwoch, 3. Februar, 18 Uhr, wichtige Bezirksversammlung in der Schulstraße 10, Reichsmilchschuß, Vortrag: „Sozialpolitik und die Schenkung“, Referent: Genosse Kiepert, Lindenstraße 1.
  4. Kreis Kiepertstr. Mittwoch, 3. Februar, 18 Uhr, wichtige Bezirksversammlung in der Schulstraße 10, Reichsmilchschuß, Vortrag: „Sozialpolitik und die Schenkung“, Referent: Genosse Kiepert, Lindenstraße 1.

## Heute, Dienstag, 4. Februar:

57. Vkt. Charlottenburg, 10 Uhr bei Kiepert, Bismarckstr. 4, Funktionärskonferenz, wichtiges Tagesprogramm.
58. Vkt. Köpenick, 10 Uhr bei Kiepert, Köpenicker Str. 1, Funktionärskonferenz, wichtiges Tagesprogramm.
59. Vkt. Köpenick, 10 Uhr bei Kiepert, Köpenicker Str. 1, Funktionärskonferenz, wichtiges Tagesprogramm.
60. Vkt. Köpenick, 10 Uhr bei Kiepert, Köpenicker Str. 1, Funktionärskonferenz, wichtiges Tagesprogramm.

## Morgen, Mittwoch, 5. Februar:

61. Vkt. Köpenick, 10 Uhr bei Kiepert, Köpenicker Str. 1, Funktionärskonferenz, wichtiges Tagesprogramm.
62. Vkt. Köpenick, 10 Uhr bei Kiepert, Köpenicker Str. 1, Funktionärskonferenz, wichtiges Tagesprogramm.
63. Vkt. Köpenick, 10 Uhr bei Kiepert, Köpenicker Str. 1, Funktionärskonferenz, wichtiges Tagesprogramm.
64. Vkt. Köpenick, 10 Uhr bei Kiepert, Köpenicker Str. 1, Funktionärskonferenz, wichtiges Tagesprogramm.

## Frauenveranstaltungen.

14. Kreis Köpenick, Mittwoch, 3. Februar, 10 Uhr, bei Wolf, Kaiser-Triebwerkstr. 17A, 17B, 17C, 17D, 17E, 17F, 17G, 17H, 17I, 17J, 17K, 17L, 17M, 17N, 17O, 17P, 17Q, 17R, 17S, 17T, 17U, 17V, 17W, 17X, 17Y, 17Z, 17AA, 17AB, 17AC, 17AD, 17AE, 17AF, 17AG, 17AH, 17AI, 17AJ, 17AK, 17AL, 17AM, 17AN, 17AO, 17AP, 17AQ, 17AR, 17AS, 17AT, 17AU, 17AV, 17AW, 17AX, 17AY, 17AZ, 17BA, 17BB, 17BC, 17BD, 17BE, 17BF, 17BG, 17BH, 17BI, 17BJ, 17BK, 17BL, 17BM, 17BN, 17BO, 17BP, 17BQ, 17BR, 17BS, 17BT, 17BU, 17BV, 17BW, 17BX, 17BY, 17BZ, 17CA, 17CB, 17CC, 17CD, 17CE, 17CF, 17CG, 17CH, 17CI, 17CJ, 17CK, 17CL, 17CM, 17CN, 17CO, 17CP, 17CQ, 17CR, 17CS, 17CT, 17CU, 17CV, 17CW, 17CX, 17CY, 17CZ, 17DA, 17DB, 17DC, 17DD, 17DE, 17DF, 17DG, 17DH, 17DI, 17DJ, 17DK, 17DL, 17DM, 17DN, 17DO, 17DP, 17DQ, 17DR, 17DS, 17DT, 17DU, 17DV, 17DW, 17DX, 17DY, 17DZ, 17EA, 17EB, 17EC, 17ED, 17EE, 17EF, 17EG, 17EH, 17EI, 17EJ, 17EK, 17EL, 17EM, 17EN, 17EO, 17EP, 17EQ, 17ER, 17ES, 17ET, 17EU, 17EV, 17EW, 17EX, 17EY, 17EZ, 17FA, 17FB, 17FC, 17FD, 17FE, 17FF, 17FG, 17FH, 17FI, 17FJ, 17FK, 17FL, 17FM, 17FN, 17FO, 17FP, 17FQ, 17FR, 17FS, 17FT, 17FU, 17FV, 17FW, 17FX, 17FY, 17FZ, 17GA, 17GB, 17GC, 17GD, 17GE, 17GF, 17GG, 17GH, 17GI, 17GJ, 17GK, 17GL, 17GM, 17GN, 17GO, 17GP, 17GQ, 17GR, 17GS, 17GT, 17GU, 17GV, 17GW, 17GX, 17GY, 17GZ, 17HA, 17HB, 17HC, 17HD, 17HE, 17HF, 17HG, 17HH, 17HI, 17HJ, 17HK, 17HL, 17HM, 17HN, 17HO, 17HP, 17HQ, 17HR, 17HS, 17HT, 17HU, 17HV, 17HW, 17HX, 17HY, 17HZ, 17IA, 17IB, 17IC, 17ID, 17IE, 17IF, 17IG, 17IH, 17II, 17IJ, 17IK, 17IL, 17IM, 17IN, 17IO, 17IP, 17IQ, 17IR, 17IS, 17IT, 17IU, 17IV, 17IW, 17IX, 17IY, 17IZ, 17JA, 17JB, 17JC, 17JD, 17JE, 17JF, 17JG, 17JH, 17JI, 17JJ, 17JK, 17JL, 17JM, 17JN, 17JO, 17JP, 17JQ, 17JR, 17JS, 17JT, 17JU, 17JV, 17JW, 17JX, 17JY, 17JZ, 17KA, 17KB, 17KC, 17KD, 17KE, 17KF, 17KG, 17KH, 17KI, 17KJ, 17KL, 17KM, 17KN, 17KO, 17KP, 17KQ, 17KR, 17KS, 17KT, 17KU, 17KV, 17KW, 17KX, 17KY, 17KZ, 17LA, 17LB, 17LC, 17LD, 17LE, 17LF, 17LG, 17LH, 17LI, 17LJ, 17LK, 17LL, 17LM, 17LN, 17LO, 17LP, 17LQ, 17LR, 17LS, 17LT, 17LU, 17LV, 17LW, 17LX, 17LY, 17LZ, 17MA, 17MB, 17MC, 17MD, 17ME, 17MF, 17MG, 17MH, 17MI, 17MJ, 17MK, 17ML, 17MN, 17MO, 17MP, 17MQ, 17MR, 17MS, 17MT, 17MU, 17MV, 17MW, 17MX, 17MY, 17MZ, 17NA, 17NB, 17NC, 17ND, 17NE, 17NF, 17NG, 17NH, 17NI, 17NJ, 17NK, 17NL, 17NM, 17NO, 17NP, 17NQ, 17NR, 17NS, 17NT, 17NU, 17NV, 17NW, 17NX, 17NY, 17NZ, 17OA, 17OB, 17OC, 17OD, 17OE, 17OF, 17OG, 17OH, 17OI, 17OJ, 17OK, 17OL, 17OM, 17ON, 17OO, 17OP, 17OQ, 17OR, 17OS, 17OT, 17OU, 17OV, 17OW, 17OX, 17OY, 17OZ, 17PA, 17PB, 17PC, 17PD, 17PE, 17PF, 17PG, 17PH, 17PI, 17PJ, 17PK, 17PL, 17PM, 17PN, 17PO, 17PP, 17PQ, 17PR, 17PS, 17PT, 17PU, 17PV, 17PW, 17PX, 17PY, 17PZ, 17QA, 17QB, 17QC, 17QD, 17QE, 17QF, 17QG, 17QH, 17QI, 17QJ, 17QK, 17QL, 17QM, 17QN, 17QO, 17QP, 17QQ, 17QR, 17QS, 17QT, 17QU, 17QV, 17QW, 17QX, 17QY, 17QZ, 17RA, 17RB, 17RC, 17RD, 17RE, 17RF, 17RG, 17RH, 17RI, 17RJ, 17RK, 17RL, 17RM, 17RN, 17RO, 17RP, 17RQ, 17RR, 17RS, 17RT, 17RU, 17RV, 17RW, 17RX, 17RY, 17RZ, 17SA, 17SB, 17SC, 17SD, 17SE, 17SF, 17SG, 17SH, 17SI, 17SJ, 17SK, 17SL, 17SM, 17SN, 17SO, 17SP, 17SQ, 17SR, 17SS, 17ST, 17SU, 17SV, 17SW, 17SX, 17SY, 17SZ, 17TA, 17TB, 17TC, 17TD, 17TE, 17TF, 17TG, 17TH, 17TI, 17TJ, 17TK, 17TL, 17TM, 17TN, 17TO, 17TP, 17TQ, 17TR, 17TS, 17TT, 17TU, 17TV, 17TW, 17TX, 17TY, 17TZ, 17UA, 17UB, 17UC, 17UD, 17UE, 17UF, 17UG, 17UH, 17UI, 17UJ, 17UK, 17UL, 17UM, 17UN, 17UO, 17UP, 17UQ, 17UR, 17US, 17UT, 17UU, 17UV, 17UW, 17UX, 17UY, 17UZ, 17VA, 17VB, 17VC, 17VD, 17VE, 17VF, 17VG, 17VH, 17VI, 17VJ, 17VK, 17VL, 17VM, 17VN, 17VO, 17VP, 17VQ, 17VR, 17VS, 17VT, 17VU, 17VV, 17VW, 17VX, 17VY, 17VZ, 17WA, 17WB, 17WC, 17WD, 17WE, 17WF, 17WG, 17WH, 17WI, 17WJ, 17WK, 17WL, 17WM, 17WN, 17WO, 17WP, 17WQ, 17WR, 17WS, 17WT, 17WU, 17WV, 17WW, 17WX, 17WY, 17WZ, 17XA, 17XB, 17XC, 17XD, 17XE, 17XF, 17XG, 17XH, 17XI, 17XJ, 17XK, 17XL, 17XM, 17XN, 17XO, 17XP, 17XQ, 17XR, 17XS, 17XT, 17XU, 17XV, 17XW, 17XX, 17XY, 17XZ, 17YA, 17YB, 17YC, 17YD, 17YE, 17YF, 17YG, 17YH, 17YI, 17YJ, 17YK, 17YL, 17YM, 17YN, 17YO, 17YP, 17YQ, 17YR, 17YS, 17YT, 17YU, 17YV, 17YW, 17YX, 17YY, 17YZ, 17ZA, 17ZB, 17ZC, 17ZD, 17ZE, 17ZF, 17ZG, 17ZH, 17ZI, 17ZJ, 17ZK, 17ZL, 17ZM, 17ZN, 17ZO, 17ZP, 17ZQ, 17ZR, 17ZS, 17ZT, 17ZU, 17ZV, 17ZW, 17ZX, 17ZY, 17ZZ.

## Bezirksauschuss für Arbeiterwohlfahrt.

18. Kreis Köpenick, Sonntag, 4. Februar, 10 Uhr, bei Wolf, Kaiser-Triebwerkstr. 17A, 17B, 17C, 17D, 17E, 17F, 17G, 17H, 17I, 17J, 17K, 17L, 17M, 17N, 17O, 17P, 17Q, 17R, 17S, 17T, 17U, 17V, 17W, 17X, 17Y, 17Z, 17AA, 17AB, 17AC, 17AD, 17AE, 17AF, 17AG, 17AH, 17AI, 17AJ, 17AK, 17AL, 17AM, 17AN, 17AO, 17AP, 17AQ, 17AR, 17AS, 17AT, 17AU, 17AV, 17AW, 17AX, 17AY, 17AZ, 17BA, 17BB, 17BC, 17BD, 17BE, 17BF, 17BG, 17BH, 17BI, 17BJ, 17BK, 17BL, 17BM, 17BN, 17BO, 17BP, 17BQ, 17BR, 17BS, 17BT, 17BU, 17BV, 17BW, 17BX, 17BY, 17BZ, 17CA, 17CB, 17CC, 17CD, 17CE, 17CF, 17CG, 17CH, 17CI, 17CJ, 17CK, 17CL, 17CM, 17CN, 17CO, 17CP, 17CQ, 17CR, 17CS, 17CT, 17CU, 17CV, 17CW, 17CX, 17CY, 17CZ, 17DA, 17DB, 17DC, 17DD, 17DE, 17DF, 17DG, 17DH, 17DI, 17DJ, 17DK, 17DL, 17DM, 17DN, 17DO, 17DP, 17DQ, 17DR, 17DS, 17DT, 17DU, 17DV, 17DW, 17DX, 17DY, 17DZ, 17EA, 17EB, 17EC, 17ED, 17EE, 17EF, 17EG, 17EH, 17EI, 17EJ, 17EK, 17EL, 17EM, 17EN, 17EO, 17EP, 17EQ, 17ER, 17ES, 17ET, 17EU, 17EV, 17EW, 17EX, 17EY, 17EZ, 17FA, 17FB, 17FC, 17FD, 17FE, 17FF, 17FG, 17FH, 17FI, 17FJ, 17FK, 17FL, 17FM, 17FN, 17FO, 17FP, 17FQ, 17FR, 17FS, 17FT, 17FU, 17FV, 17FW, 17FX, 17FY, 17FZ, 17GA, 17GB, 17GC, 17GD, 17GE, 17GF, 17GG, 17GH, 17GI, 17GJ, 17GK, 17GL, 17GM, 17GN, 17GO, 17GP, 17GQ, 17GR, 17GS, 17GT, 17GU, 17GV, 17GW, 17GX, 17GY, 17GZ, 17HA, 17HB, 17HC, 17HD, 17HE, 17HF, 17HG, 17HH, 17HI, 17HJ, 17HK, 17HL, 17HM, 17HN, 17HO, 17HP, 17HQ, 17HR, 17HS, 17HT, 17HU, 17HV, 17HW, 17HX, 17HY, 17HZ, 17IA, 17IB, 17IC, 17ID, 17IE, 17IF, 17IG, 17IH, 17II, 17IJ, 17IK, 17IL, 17IM, 17IN, 17IO, 17IP, 17IQ, 17IR, 17IS, 17IT, 17IU, 17IV, 17IW, 17IX, 17IY, 17IZ, 17JA, 17JB, 17JC, 17JD, 17JE, 17JF, 17JG, 17JH, 17JI, 17JJ, 17JK, 17JL, 17JM, 17JN, 17JO, 17JP, 17JQ, 17JR, 17JS, 17JT, 17JU, 17JV, 17JW, 17JX, 17JY, 17JZ, 17KA, 17KB, 17KC, 17KD, 17KE, 17KF, 17KG, 17KH, 17KI, 17KJ, 17KL, 17KM, 17KN, 17KO, 17KP, 17KQ, 17KR, 17KS, 17KT, 17KU, 17KV, 17KW, 17KX, 17KY, 17KZ, 17LA, 17LB, 17LC, 17LD, 17LE, 17LF, 17LG, 17LH, 17LI, 17LJ, 17LK, 17LM, 17LN, 17LO, 17LP, 17LQ, 17LR, 17LS, 17LT, 17LU, 17LV, 17LW, 17LX, 17LY, 17LZ, 17MA, 17MB, 17MC, 17MD, 17ME, 17MF, 17MG, 17MH, 17MI, 17MJ, 17MK, 17ML, 17MN, 17MO, 17MP, 17MQ, 17MR, 17MS, 17MT, 17MU, 17MV, 17MW, 17MX, 17MY, 17MZ, 17NA, 17NB, 17NC, 17ND, 17NE, 17NF, 17NG, 17NH, 17NI, 17NJ, 17NK, 17NL, 17NM, 17NO, 17NP, 17NQ, 17NR, 17NS, 17NT, 17NU, 17NV, 17NW, 17NX, 17NY, 17NZ, 17OA, 17OB, 17OC, 17OD, 17OE, 17OF, 17OG, 17OH, 17OI, 17OJ, 17OK, 17OL, 17OM, 17ON, 17OO, 17OP, 17OQ, 17OR, 17OS, 17OT, 17OU, 17OV, 17OW, 17OX, 17OY, 17OZ, 17PA, 17PB, 17PC, 17PD, 17PE, 17PF, 17PG, 17PH, 17PI, 17PJ, 17PK, 17PL, 17PM, 17PN, 17PO, 17PP, 17PQ, 17PR, 17PS, 17PT, 17PU, 17PV, 17PW, 17PX, 17PY, 17PZ, 17QA, 17QB, 17QC, 17QD, 17QE, 17QF, 17QG, 17QH, 17QI, 17QJ, 17QK, 17QL, 17QM, 17QN, 17QO, 17QP, 17QQ, 17QR, 17QS, 17QT, 17QU, 17QV, 17QW, 17QX, 17QY, 17QZ, 17RA, 17RB, 17RC, 17RD, 17RE, 17RF, 17RG, 17RH, 17RI, 17RJ, 17RK, 17RL, 17RM, 17RN, 17RO, 17RP, 17RQ, 17RR, 17RS, 17RT, 17RU, 17RV, 17RW, 17RX, 17RY, 17RZ, 17SA, 17SB, 17SC, 17SD, 17SE, 17SF, 17SG, 17SH, 17SI, 17SJ, 17SK, 17SL, 17SM, 17SN, 17SO, 17SP, 17SQ, 17SR, 17SS, 17ST, 17SU, 17SV, 17SW, 17SX, 17SY, 17SZ, 17TA, 17TB, 17TC, 17TD, 17TE, 17TF, 17TG, 17TH, 17TI, 17TJ, 17TK, 17TL, 17TM, 17TN, 17TO, 17TP, 17TQ, 17TR, 17TS, 17TT, 17TU, 17TV, 17TW, 17TX, 17TY, 17TZ, 17UA, 17UB, 17UC, 17UD, 17UE, 17UF, 17UG, 17UH, 17UI, 17UJ, 17UK, 17UL, 17UM, 17UN, 17UO, 17UP, 17UQ, 17UR, 17US, 17UT, 17UU, 17UV, 17UW, 17UX, 17UY, 17UZ, 17VA, 17VB, 17VC, 17VD, 17VE, 17VF, 17VG, 17VH, 17VI, 17VJ, 17VK, 17VL, 17VM, 17VN, 17VO, 17VP, 17VQ, 17VR, 17VS, 17VT, 17VU, 17VV, 17VW, 17VX, 17VY, 17VZ, 17WA, 17WB, 17WC, 17WD, 17WE, 17WF, 17WG, 17WH, 17WI, 17WJ, 17WK, 17WL, 17WM, 17WN, 17WO, 17WP, 17WQ, 17WR, 17WS, 17WT, 17WU, 17WV, 17WW, 17WX, 17WY, 17WZ, 17XA, 17XB, 17XC, 17XD, 17XE, 17XF, 17XG, 17XH, 17XI, 17XJ, 17XK, 17XL, 17XM, 17XN, 17XO, 17XP, 17XQ, 17XR, 17XS, 17XT, 17XU, 17XV, 17XW, 17XX, 17XY, 17XZ, 17YA, 17YB, 17YC, 17YD, 17YE, 17YF, 17YG, 17YH, 17YI, 17YJ, 17YK, 17YL, 17YM, 17YN, 17YO, 17YP, 17YQ, 17YR, 17YS, 17YT, 17YU, 17YV, 17YW, 17YX, 17YY, 17YZ, 17ZA, 17ZB, 17ZC, 17ZD, 17ZE, 17ZF, 17ZG, 17ZH, 17ZI, 17ZJ, 17ZK, 17ZL, 17ZM, 17ZN, 17ZO, 17ZP, 17ZQ, 17ZR, 17ZS, 17ZT, 17ZU, 17ZV, 17ZW, 17ZX, 17ZY, 17ZZ.

## Bezeichnung sozialdemokratischer Studenten.

14. Kreis Köpenick, Mittwoch, 3. Februar, 10 Uhr, bei Wolf, Kaiser-Triebwerkstr. 17A, 17B, 17C, 17D, 17E, 17F, 17G, 17H, 17I, 17J, 17K, 17L, 17M, 17N, 17O, 17P, 17Q, 17R, 17S, 17T, 17U, 17V, 17W, 17X, 17Y, 17Z, 17AA, 17AB, 17AC, 17AD, 17AE, 17AF, 17AG, 17AH, 17AI, 17AJ, 17AK, 17AL, 17AM, 17AN, 17AO, 17AP, 17AQ, 17AR, 17AS, 17AT, 17AU, 17AV, 17AW, 17AX, 17AY, 17AZ, 17BA, 17BB, 17BC, 17BD, 17BE, 17BF, 17BG, 17BH, 17BI, 17BJ, 17BK, 17BL, 17BM, 17BN, 17BO, 17BP, 17BQ, 17BR, 17BS, 17BT, 17BU, 17BV, 17BW, 17BX, 17BY, 17BZ, 17CA, 17CB, 17CC, 17CD, 17CE, 17CF, 17CG, 17CH, 17CI, 17CJ, 17CK, 17CL, 17CM, 17CN, 17CO, 17CP, 17CQ, 17CR, 17CS, 17CT, 17CU, 17CV, 17CW, 17CX, 17CY, 17CZ, 17DA, 17DB, 17DC, 17DD, 17DE, 17DF, 17DG, 17DH, 17DI, 17DJ, 17DK, 17DL, 17DM, 17DN, 17DO, 17DP, 17DQ, 17DR, 17DS, 17DT, 17DU, 17DV, 17DW, 17DX, 17DY, 17DZ, 17EA, 17EB, 17EC, 17ED, 17EE, 17EF, 17EG, 17EH, 17EI, 17EJ, 17EK, 17EL, 17EM, 17EN, 17EO, 17EP, 17EQ, 17ER, 17ES, 17ET, 17EU, 17EV, 17EW, 17EX, 17EY, 17EZ, 17FA, 17FB, 17FC, 17FD, 17FE, 17FF, 17FG, 17FH, 17FI, 17FJ, 17FK, 17FL, 17FM, 17FN, 17FO, 17FP, 17FQ, 17FR, 17FS, 17FT, 17FU, 17FV, 17FW, 17FX, 17FY, 17FZ, 17GA, 17GB, 17GC, 17GD, 17GE, 17GF, 17GG, 17GH, 17GI, 17GJ, 17GK, 17GL, 17GM, 17GN, 17GO, 17GP, 17GQ, 17GR, 17GS, 17GT, 17GU, 17GV, 17GW, 17GX, 17GY, 17GZ, 17HA, 17HB, 17HC, 17HD, 17HE, 17HF, 17HG, 17HH, 17HI, 17HJ, 17HK, 17HL, 17HM, 17HN, 17HO, 17HP, 17HQ, 17HR, 17HS, 17HT, 17HU, 17HV, 17HW, 17HX, 17HY, 17HZ, 17IA, 17IB, 17IC, 17ID, 17IE, 17IF, 17IG, 17IH, 17II, 17IJ, 17IK, 17IL, 17IM, 17IN, 17IO, 17IP, 17IQ, 17IR, 17IS, 17IT, 17IU, 17IV, 17IW, 17IX, 17IY, 17IZ, 17JA, 17JB, 17JC, 17JD, 17JE, 17JF, 17JG, 17JH, 17JI, 17JJ, 17JK, 17JL, 17JM, 17JN, 17JO, 17JP, 17JQ, 17JR, 17JS, 17JT, 17JU, 17JV, 17JW, 17JX, 17JY, 17JZ, 17KA, 17KB, 17KC, 17KD, 17KE, 17KF, 17KG, 17KH, 17KI, 17KJ, 17KL, 17KM, 17KN, 17KO, 17KP, 17KQ, 17KR, 17KS, 17KT, 17KU, 17KV, 17KW, 17KX, 17KY, 17KZ, 17LA, 17LB, 17LC, 17LD, 17LE, 17LF, 17LG, 17LH, 17LI, 17LJ, 17LK, 17LM, 17LN, 17LO, 17LP, 17LQ, 17LR, 17LS, 17LT, 17LU, 17LV, 17LW, 17LX, 17LY, 17LZ, 17MA, 17MB, 17MC, 17MD, 17ME, 17MF, 17MG, 17MH, 17MI, 17MJ, 17MK, 17ML, 17MN, 17MO, 17MP, 17MQ, 17MR, 17MS, 17MT, 17MU, 17MV, 17MW, 17MX, 17MY, 17MZ, 17NA, 17NB, 17NC, 17ND, 17NE, 17NF, 17NG, 17NH, 17NI, 17NJ, 17NK, 17NL, 17NM, 17NO, 17NP, 17NQ, 17NR, 17NS, 17NT, 17NU, 17NV, 17NW, 17NX, 17NY, 17NZ, 17OA, 17OB, 17OC, 17OD, 17OE, 17OF, 17OG, 17OH, 17OI, 17OJ, 17OK, 17OL, 17OM, 17ON, 17OO, 17OP, 17OQ, 17OR, 17OS, 17OT, 17OU, 17OV, 17OW, 17OX, 17OY, 17OZ, 17PA, 17PB, 17PC, 17PD, 17PE, 17PF, 17PG, 17PH, 17PI, 17PJ, 17PK, 17PL, 17PM, 17PN, 17PO, 17PP, 17PQ, 17PR, 17PS, 17PT, 17PU, 17PV, 17PW, 17PX, 17PY, 17PZ, 17QA, 17QB, 17QC, 17QD, 17QE, 17QF, 17QG, 17QH, 17QI, 17QJ, 17QK, 17QL, 17QM, 17QN, 17



# Fünf Jahre Zigarettenkontingent?

## Der Preis für den Frieden zwischen Industrie und Handel.

Der Konflikt, der zwischen dem Tabakwarenhandel und der Zigarettenindustrie ausgebrochen war, ist durch eine Einigung unter den Interessenten beigelegt worden. Die Zigarettenindustrie hatte die Steuererhöhung zum größeren Teil auf den Handel abgewälzt und durch die Einführung eines neuen Rabattsystems den Rabatt für den Kleinhandel um 2 bis 3 Proz., und für den Großhandel um etwa 4 bis 5 Proz. verringert. Der Tabakhandel hat in diesen Maßnahmen eine Verstärkung der Vorschriften des Tabaksteuergesetzes erblickt, nach dem eine unbillige Beschränkung des Handelskontingents verhindert werden soll, und an die zuständigen Ministerien appelliert. Die gemeinsamen Verhandlungen der Interessenten beim Reichswirtschaftsministerium blieben ergebnislos. Nunmehr ist in privaten Verhandlungen eine Verständigung auf folgender Grundlage erzielt worden: Die Rabattsätze werden ab 1. Februar sowohl für den Kleinhandel wie für den Großhandel wieder ein wenig aufgebessert — der Kleinhandler erhielt bis Ende vorigen Jahres einen Rabatt von 25,7 Proz., ab 1. Januar von 23,2 Proz., ab 1. Februar für alle Packungen über zehn Stück wieder 24,3 Proz. — und sollen noch eine weitere Aufbesserung um 1 Proz. erhalten, also nahezu bis an die Spinne vor der Steuererhöhung gelangen, falls die Kontingentierung der Zigarettenproduktion auf 5 Jahre verlängert wird. Der Handel soll und will sich für eine Verlängerung der Kontingentsdauer einsehen.

Man muß sich erinnern, daß die Zigarettenindustrie schon immer mit allen Kräften bemüht war, sich ein fünfjähriges Kontingent zu sichern. Nur dem Widerstand der Sozialdemokratie gelang es, die Kontingentsdauer auf 1½ Jahr zu verkürzen. Nur die kurze Befristung der Kontingentsdauer, die Schulbestimmungen für die Konsumenten gegen die Preiswillkür des Trusts und der offenstehende Weg für ein staatliches Zigarettenmonopol ermöglichten unsere Zustimmung zum Gesetz. Diese Sicherungen sollen jetzt zunächst gemacht werden, der Trust will mit Hilfe eine auf lange Dauer gesetzlich gesicherte Monopolstellung nochmals zu erreichen versuchen.

Die Absicht der gesetzgebenden Körperschaft war, eine Ab-

wägung der Steuererhöhung auf die Konsumenten zu verhindern. Die Steuererhöhung sollte aus den großen in der Zigarettenwirtschaft noch vorhandenen Gewinnreserven getragen werden. Die Zigarettenindustrie gibt selber zu, daß ihr durch Kontingentierung erhebliche Retenueersparnisse entstehen.

Nun ist an sich nicht zu verkennen, daß die Höhe der Handelsrabatte zu einer ungesunden Ausdehnung des Handelsgebietes geführt haben, die den lebensfähigen Handel stark schädigt. Keineswegs kann man in dem jetzigen geringfügigen Abbau der Rabatte für den Einzelhandel und dem etwas fühlbareren für den kleinen Zwischenhandel eine unbillige Beschränkung des Handelsumfanges erblicken.

Unersündlich bleibt, wie der Handel für den Preis einer zugefügten Rabattierhöhung um 1 Proz. sich für eine Verlängerung der Kontingentsdauer, also für ein langfristiges, gesetzlich verankertes Monopol seiner Lieferanten einsehen kann. Für den Handel sind wirksame Sicherungen, sobald der Trust eine absolute, gesicherte Monopolstellung erlangt hat, nicht erreichbar. Nachdem der Trust ein uneingeschränktes Monopol erlangt hat, wird er bei nächster Gelegenheit doch eine Rabattverfälschung nehmen. Es besteht aber noch eine weitere Gefahr: Die Aufbesserung der Rabatte könnte dem Trust leicht einen geeigneten Vorwand für eine offene Preisverhöhung bieten. Wenn es nach dem gemeinsamen Plan von Handel und Industrie ginge, und der Zigarettentrust ein langfristiges Kontingent eingeräumt erblickte, dann würden Verbraucher wie Händler auf die Dauer die Monopolstellung des Trusts noch viel stärker als bisher zu spüren bekommen.

Die Sozialdemokratie wird eine Verlängerung des Kontingents aufs stärkste bekämpfen, und auch die bürgerlichen Parteien werden sich hoffentlich nicht im Schlepptau der Interessenten nehmen lassen und die Konsumentenschaft auf Jahre hinaus einem in seinen Geschäftsmethoden nicht gerade wahrlichen Trust ausliefern. Aber auch der Handel sollte sich bestimmen und Konsumenteneindliche Trustforderungen nicht unterstützen. Zum Schlußknappen für den Trust ist er zu schade.

# Gewerkschaften als Wegbereiter.

## Ein wertvolles Buch des Deutschen Bauergewerksbundes über das Baugewerbe.

Es ist ein tief beklügendes Zeugnis für den Willen zur aktiven Wirtschaftsgestaltung, daß die großen Gewerkschaftsverbände immer mehr ihre Industriezweige im einzelnen durchforschen und ihren Funktionären und Mitgliedern für Arbeiter geschrieben und für die wirtschaftspolitische Auswertung berechnete Bücher in die Hand geben können.

Ein solches Buch hat jetzt der Deutsche Bauergewerksbund herausgebracht. Die „Prinzipialistische Gesellschaftsordnung im Baugewerbe“ ist sein Titel, es ist im Verlag Deutscher Bauergewerksbund-Hamburg erschienen und umfaßt mit den ausgezeichneten Romanen, Sach-, Gesellschafts- und Literaturregistern 221 Seiten. Das Buch ist im Auftrage des Deutschen Bauergewerksbundes vom Genossen Kurt Heinig verfaßt, der schon mehrfach sehr wertvolle Monographien ähnlicher Art geschaffen hat, zuletzt noch im Auftrage der freigewerkschaftlichen Eisenbahner „Eisenbahner der Deutschen Reichsbahngesellschaft“, ein Werk, das für die Kritik des neuen Reichsbahngesetzes von erheblicher Bedeutung ist.

Das Werk gibt in einfacher und spannender Darstellung die historische und wirtschaftlich-technische Entwicklung vom Bauhandwerk zur Baugroßindustrie, wie sie heute vorliegt, schildert die Entwicklung der Unternehmungsformen im privaten Baugewerbe, die zerstörenden Wirkungen der Inflationszeit und den Wiederaufbau seit 1924. Sodann wird wohl erstmalig die Struktur der wichtigsten deutschen Bauunternehmungen und die Verflechtung des Baugewerbes mit den Finanzmächten zusammenhängend dargestellt. Die Tendenzen wer-

den im einzelnen nachgelesen, die zur Spezialisierung in der Bauindustrie und zur Entwicklung von Bauunternehmungen zu industriellen Hilfsbetrieben führen. Das deutsche Baugewerbe im Ausland wird nach den darin tätigen Firmen und den heringebrachten Aufträgen dargestellt, es wird eine Analyse der Vermögensverhältnisse und der Bilanzen im deutschen Baugewerbe gegeben und im Schlußwort wird die ungeheure Bedeutung des Baugewerbes als Schlüsselindustrie sowie die große Bedeutung der Frage dargelegt, wie das Baugewerbe aus einer Saison- zu einer Konjunkturindustrie gemacht werden könnte.

Man kann ohne Übertreibung sagen, daß einzelne deutsche Gewerkschaftsverbände heute mit ihren speziellen Publikationen über ihre Industriezweige den von den Unternehmern und auch der unabhängigen Wissenschaft durchgeführten Forschungsversuchen überlegen sind. Daß das in diesem Falle besonders zutrifft, ist ein Verdienst des Deutschen Bauergewerksbundes und besonders des Verfassers Kurt Heinig. Weiter auf diesem Wege! Die Unternehmerklasse fürchtet nichts so sehr wie das wachsende Sachverständnis der Arbeiterklasse in den eigenen Angelegenheiten der deutschen Unternehmung. Die Arbeiterklasse braucht nichts so sehr wie die Fähigkeit, die Wirtschaft mindestens ebenso sicher zu beurteilen und zu lenken wie das Privatkapital. Der Klassenkampf der Demokratie hat als vornehmste Waffe den Geist. Wir müssen diese Waffe schmieden und gebrauchen!

# Endlich Kreditverbilligung?

## Heute tagt der Zentralausschuh der Reichsbank. — Diskontermäßigung auf 6 Prozent erwartet.

Der Zentralausschuh der Reichsbank ist für heute nachmittags 3 Uhr einberufen worden. Es ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß der Wechseldiskont der Reichsbank von 6½ auf 6 Prozent ermäßigt wird.

Die Reichsbank hat ihren Ausweis zum 31. Januar veröffentlicht. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß die Reichsbank, wenn sie nicht durch öffentliche Stellen in Anspruch genommen worden wäre, zum Jahresende noch nie so wenig zu tun hatte wie dieses Mal. Handelswechsel sind nur 220,7 Millionen neu zugehoben, und der Wechselbestand von 2027,9 Millionen ist auch für saisonmäßig stille Zeit des Jahresendes als ein Rekordtiefstand anzusprechen. Auch die Summe der Lombarddarlehen mit 169,6 — nach einer Zunahme von 118,2 Millionen — ist sehr gering. Die Bestände an Reichsschatzwechseln betragen wieder 25 Millionen Mark, nachdem Ende voriger Woche die letzten Reichsschatzwechsel verkauft worden waren. Nur, weil öffentliche Stellen eingezahlte Steuergelder auf dem unregelmäßigen Girokonto — Rückgang um 330 Millionen — in Anspruch genommen haben, erhöhte sich der Umlauf an Reichsbanknoten um rund 700 auf 4633,2 Millionen Mark, derjenige an Rentendankscheinen um 27 auf 372,9 Millionen Mark. Die Goldbestände haben um 10,6 auf 2297 Millionen Mark zugenommen, die Bestände an bedienungsfähigen Devisen haben sich um 2,8 auf 397,1 Millionen Mark verringert. Trotz des Ultimoterminals beträgt die Notendeckung durch Gold und bedienungsfähige Devisen zusammen nicht weniger als 57,9 Prozent, das sind 45 Prozent mehr als die gesetzliche Vorchrift.

Die Reichsbank wird heute wahrscheinlich den Diskont herabsetzen, obwohl auch jetzt die Bank von England, auf die man zu warten schien, ihren Diskont immer noch nicht ermäßigt hat. Da der Zustrom ausländischer Gelder immer noch fortanwärt, ist auch

nach einer eventuellen Diskontermäßigung kaum zu erwarten, daß die Reichsbank viel Arbeit finden wird. Die bisherige, von wirtschaftlichem und bankmäßigem Standpunkt unverantwortliche Vergrößerung der Kreditverbilligung, die für alles spricht, nur nicht für eine sichere Führung der Diskontpolitik, wird sich also auch gegen die Reichsbank selbst richten.

# 13 Milliarden Liter Milch in Preußen.

## Die Berliner Rube liefern den Höchstertrag.

Das Preussische Statistische Landesamt hat zur Grünen Woche Erhebungen über die Milchleistungen der deutschen Rube veröffentlicht. Im Durchschnitt liefert jede preussische Milchkuh im Jahre 2423 Liter oder rund 8 Liter pro Tag. Ueberraschend hoch ist die Leistung der Berliner Rube mit 4399 Liter jährlich. Diese hohe Durchschnittsleistung ergibt sich durch die Abmelkbetriebe der Berliner Molkereien. Die sonst höchste Leistung weist Schleswig-Holstein mit 2921 Litern, die niedrigste Hohenzollern mit 1605 Litern auf. Die Statistik unterscheidet zwischen ausschließlichen Milchkuhen und auch zur Arbeit verwendeten Kühen und bei den Milchkuhen wieder zwischen solchen, die unter Leistungskontrolle stehen und anderen. Die jährliche Höchstleistung der unter Kontrolle stehenden reinen Milchkuhe hat die Rheinprovinz mit 4386 Litern, die niedrigste wieder Hohenzollern mit 2760 Litern. Außerhalb der Leistungskontrolle zeigt die Grenzmark Posen-Westpreußen mit 1775 Litern das schlechteste und Schleswig-Holstein, abgesehen von der Ausnahme Berlins, mit 2836 Litern das beste Ergebnis.

# Bank für Deutsche Beamte liquidiert.

## Für die Gläubiger 30 Proz. und einen Besserungsschein.

Die Liquidationsarbeiten bei der Bank für Deutsche Beamte, bei der Laufende Verluste erlitten haben, sind beendet. Wir haben schon mitgeteilt, daß die Spar- und Kreditbank Dresdner Bank

den Gläubigern 30 Proz. ihrer Forderungen garantiert. Darüber hinaus ergeben sich Rechte aus einem Besserungsschein, deren geldmäßiger Wert von der Realisierung der noch ausstehenden unbesicherten Forderungen (an den Michael-Konzern und aus dem Bidergeschaft) sowie von dem Betrag abhängig ist, der aus der Erhöhung der Geschäftsanteile von 10 auf 90 M. eingehen wird. Das „Berliner Tageblatt“ glaubt die aus der Erhöhung der Geschäftsanteile eingehende Summe auf 2 bis 2½ Millionen Mark veranschlagen zu dürfen. Es ist der Meinung, daß die Erwartung des Besserungsvorschlages auf eine 60prozentige Befriedigung der Gläubigerforderungen berechtigt ist.

Zum Treuhänder der Gläubiger wird Rechtsanwalt Dr. C. H. Meyer bestellt, der jedesmal, wenn die Liquide Masse 10 Proz. der Forderungen erreicht, unverzüglich entsprechende Abzahlungen an die Gläubiger vornehmen soll.

# Autoausstellung in Holland.

## Das Land ohne Autoindustrie.

F. W. Amsterdam, Ende Januar.

Holland hat selbst keine eigene Autoindustrie. Deshalb hat die hiesige Autoausstellung besonderes Interesse; alle Länder konkurrieren in Holland unter den gleichen Bedingungen. Der Einfuhrzoll beträgt 12 Proz. Die Amerikaner haben sich aber bereits eine Vormachtstellung geschaffen, aus der sie zu verdrängen kaum noch möglich sein dürfte. In den letzten 10 Jahren ist der Bestand an Kraftfahrzeugen in Holland rund um das Neunfache gestiegen. Mehr als die Hälfte der jährlichen Einfuhr entfällt auf Fahrzeuge amerikanischer Herkunft. In den Rest teilen sich vornehmlich Frankreich, Deutschland, Belgien, England und Oesterreich, zum Teil mit sehr niedrigen Quoten.

Für Deutschland ist die Lage nicht aussichtslos. Aber man darf nicht vergessen, daß Deutschlands Stand sehr schwierig ist. Deutsche Kraftwagen bieten zwar vielfach eine höhere Qualität, die Preisdifferenzen sind zum Teil aber sehr erheblich, besonders schwerwiegend ist das bei Wagen mittlerer und niedriger Preisklassen. Die neue Ausführung des Horch 8, die hier zum erstenmal gezeigt wird, ist hervorragend. Opel hat in den letzten Jahren in Holland gut verkauft, vor allen Dingen seine Lastwagen. Von den Personwagen hat der 8 PS Sechszylinder einige äußerliche Veränderungen erfahren, ohne aber sonderlich schön zu wirken. Brennabor hat neben seinen bekannten Typen in seinem „Jumbo-Citra“ eine sehr beachtenswerte Vervollkommnung geschaffen, die zweifellos Anhänger finden wird, ebenso wie die einen sehr guten Eindruck hinterlassenden Adler-Wagen. Audi, DKW und Röhre sind für Holland neu.

Unter den Lastwagen sind vor allen Dingen in Holland solche leichter Ausführung sehr begehrt, wie sie vornehmlich von Ford, Chevrolet, Opel und Citroen geliefert werden. Der Bedarf an schwereren Ausführungen (Daimler-Benz, MAN, Krupp) ist dagegen geringer, während sich die kleinen Lieferdreiräder von Goliath, Koffler und Steigahn auch hier ganz gut einzuführen scheinen.

Trotz aller Schwierigkeiten, die nicht verkannt werden dürfen, bietet der holländische Markt einigen deutschen Firmen immer die Möglichkeit, mit ihrem Absatz langsam vorzudringen, ohne aber etwa die Amerikaner in nennenswertem Maße verdrängen zu können.

# Mehr Phosphordünger?

## Zweiter Deutscher Superphosphattag.

Am Montag fand im Rahmen der Grünen Woche der Zweite Deutsche Superphosphattag im Herrenhaus statt. Trotz des vermehrten Verbrauchs von Thomasmehl ist nach Direktor Hörsch der Verbrauch von Phosphorsäure pro Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche im Ausland weit größer als bei uns. Der deutsche Verbrauch verhält sich zu dem in Dänemark, Belgien und Holland ungefähr wie 10,5 zu 24 zu 31 zu 40. So ergeulich die Steigerung des Stickstoff- und Kaliverbrauchs sei, so notwendig sei eine gesteigerte Mehranwendung von Phosphorsäure, um eine harmonische Balldüngung zu erreichen und wirkliche Vollernten zu erzielen.

Die Tagung wurde durch eine Reihe von Fachvorträgen ausgefüllt. Aus dem Vortrage von Professor Ehrenberg-Breslau über ungelöste Düngungsfragen ging hervor, daß von der wissenschaftlichen Düngungsberatung noch viel für den Aufschwung der deutschen Landwirtschaft zu erwarten sei. Professor Roemer-Halle betonte, daß die heutige Bodenbearbeitung noch lange nicht die harmonische Verteilung der Düngemittel im Boden garantiere.

# Preiserhöhung des Stahlkartells.

## Die erste Tat der internationalen Exportverbände.

Das internationale Rohstahlkartell, dem die Eisenindustrien Deutschlands, Frankreichs, Belgiens und Luxemburgs angeschlossen sind, hat jetzt die Gründung von Verkaufsverbänden beschlossen. Damit ist die innerhalb des Rohstahlkartells seit langem ungelöste Frage des Aufbaues von Exportverbänden gelöst.

Die neuen Verbände, die den Verkauf von Trägern, Stabeisen, Bandstahl, Halbzeug und Grobblechen übernehmen — die wichtigsten Walzprodukte Röhren und Schienen sind auch im Verkauf bereits international kartelliert —, sollen bereits mit Wirkung ab 1. Februar ihre Arbeit aufnehmen. Die erste Tat dieser neuen Verkaufsverbände wird eine Preiserhöhung auf dem Weltmarkt sein, die bereits Mitte Februar in Kraft treten dürfte.

Diese Entwicklung bei dem europäischen Rohstahlkartell zeigt, daß die in ihm zusammengeschlossenen Eisenindustrien engere internationale Kartellbindungen auch für die Walzprodukte erstreben, für die noch kein Weltmonopol wie bei Schienen und Röhren besteht.

# Schichau-Werft erhält Arbeit.

Die erst kürzlich mit Reichshilfe sanierte Schichauwerft, deren Betriebe in Elbing und Danzig liegen, hat für ihre Schiffbauabteilung in letzter Zeit mehrere größere Bestellungen aus Sowjetrußland erhalten.

Bereits im vergangenen Jahre gingen mehrere Serienaufträge für Schlepper und Fischdampfer ein deren Wert sich auf etwa 9 Millionen Gulden belief. Jetzt sind in den letzten Wochen weitere Dampferbestellungen der Sowjetregierung eingegangen, so daß sich der Wert der augenblicklich in Arbeit befindlichen Schiffsbauten für Rußland auf über 12 Millionen Gulden oder rund 10 Millionen Mark erhöht.



## Ein Schauer hat uns angeweht

Die Berliner Beobachtungen vom 1. bis 6. Februar mit dem trefflichen Namen „Die Große Wode“ bringt allen Naturfreunden und Jägern eine wissenschaftliche Darstellung sämtlicher Vorkämpfer, die es gibt. Die moderne Art zu jagen ist aber unumkehrbar die Jagd mit der Kamera. Außerdem ist sie viel schwieriger und gefährlicher als die gewöhnliche Weidwerk, mit der Feuerwaffe zu jagen. Der schicksalreiche Kurdehmann Martin Johnson und seine tapfere Frau Osa besaßen, geben trotz der Gefahr, zertrampelt oder zertriften zu werden, auf einige Meilen an wildlebende Elefanten und anderes Großwild heran, um ihres Lebensschicksal zu fördern, neue Aufnahmen zu bekommen. Ihre Filme, insbesondere „Simba, der König der Tiere“ und das zum Film gedrigte Buch „Simba, Filmabenteuer in Afrika“ (Verlag „Simpson“), haben ihnen inwieweit auch in Deutschland wohlverdiente Anerkennung eintrug. Wir entnehmen dem hiererwähnten Buch, das mit vielen bisher unerreichten Fotos geschmückt ist, mit Genehmigung des Verlags eine Textprobe.

Auf eine Herde von Elefanten hatte ich seit Monaten mein Augenmerk gerichtet. Sie war nicht groß, aber in ihr waren junge Tiere, die ich gar zu gern aufs Bild bekommen hätte. Mit genügend Trägern und Munition für 14 Tage versehen, machten wir uns auf der Suche nach ihr.

Nach einem Marsch von etwa 30 Kilometer schlugen wir in der Nähe eines Waldes das Lager auf. In einem der nächsten Morgen wachte uns Boccu und küsterte mir etwas von „Elefanten“ ins Ohr. Ich eilte vor das Ziel und sah in einer Entfernung von 400 Meter zehn der grauen Gestalten ruhig des Weges ziehen. Zwei von ihnen waren so klein, daß sie wie Stüde aus dem Speisegeld anmuteten. Die beiden tollten lustig umher, rannten ihre Mütter an, sprangen und drehten sich im Kreise, ganz wie muntere Kinder. Die Alten schubsten die übermütigen Kleinen zurecht und gaben ihnen auch einmal mit dem Rüssel einen Klaps. Dann quiekten die possierlichen Geschöpfe laut auf und trottelten wieder artig in der Reihe.

Zwei etwa halbjährige Tiere benahmten sich fast noch würdiger als die Großen. Hin und wieder versuchten sie zwar, ihre eigenen Wege zu gehen, wenn ihnen der gemeinsame Marsch zu langweilig wurde, aber ein ernstes Bringen der Alten schreckte sie schnell an ihren Platz zurück.

Wir machten schließlich die Kameras fertig. Noch war es für eine Aufnahme zu dunkel, doch dachte ich, wir könnten den Tieren unmerklich folgen, zumal der Wind von ihnen zu uns herüberstand.

Gerade als die Sonne aufging, zog die ganze Schar an der Spitze eines kleinen Hügelns vorbei und machte dann halt. Schar hoben sich die massigen Körper gegen den Himmel ab und boten ein wunderschönes Bild; es war ein Anblick, wie ich mir ihn oft erträumt hatte. Ich hatte ähnliche Aufnahmen von Kamelen gesehen, hier war Belegenheit, ein ganz seltsames Bild von Elefanten herzustellen; und ich zögerte damit nicht.

Als wir gefrühstückt hatten, zogen wir weiter. Nach einer Stunde winkte uns plötzlich Boccu, wir sollten stehenbleiben und uns ganz ruhig verhalten. Vor uns, dicht am Wege, waren sieben Elefanten. Schnell lief ich zurück und holte die Kameraträger heran. So rasch es nur ging, stellten wir die Apparate auf, doch die Elefanten zogen, indem sie beim Gehen ruhig ästeten, in den Wald.

Ich meinte gerade, sie wollten wohl in Deckung ein Schläfchen tun, da kam von der anderen Seite des Weges her ein Geräusch. Es waren wieder einige der großen Tiere. Ich trock nach vorn und zählte drei Stück. Sie ruhten sich aus unter den dichten Bäumen, wo es unmöglich war, eine Aufnahme zu machen. Boccu war ärgerlich auf mich. Er konnte nie einsehen, daß zum Bildermachen viel Licht gehört. Er glaubte, mein geheimnisvoller Zauberkasten könne im Dunkeln genau so gut sehen wie im Hellen, war er doch auch imstande, noch nach vielen Monaten die Bilder sich bewegender Tiere zu zeigen.

Wir wagten nicht, die Dichtwälder zu stören. Wären sie auf uns losgegangen hätten wir nicht entfliehen können. Bäume, die man erklimmen konnte, waren nicht da, und was die Kriechen in ihrem Kerper anfangen würden, war nicht vorzusehen. Ich ließ also die Kameras aufnehmen und zog weiter, in der Hoffnung, noch auf Elefanten zu treffen, die nicht gerade zu weit gehen wollten. Wahrscheinlich machte die fürchterliche Hitze die Tiere schläfrig. Unmittelbar darauf stehen wir wieder auf drei Elefanten.

„Bleib hier stehen, Herr!“, küsterte Boccu, der weitererkunden wollte.

Ich war einverstanden und gedachte ihm einen Bewehrträger mitzugeben, aber er schüttelte den Kopf. Das war sehr brav von ihm. Er hätte nie eine Flucht der großen Tiere verhindern können, sondern wäre in wenigen Augenblicken von ihnen zu Brei zerstampft worden.

Kaum hatte er ein paar Schritte getan, als ich ihn einen halbt-unterdrückten Schrei ausstoßen hörte und sah, wie er einen Luftsprung machte. Ich lief hinzu; da war neben ihm die größte Kobra, die ich je gesehen habe. Sie moß über drei Meter und war so dick wie mein Arm. Nicht ausgelassen, wie man es sonst meist sieht, sondern langsamgestreckt lag sie da. Den Kopf hatte sie einen halben Meter vom Boden erhoben, der Hals war im Jörn weit ausgebläht.

Am allen Gledern zitternd ging Boccu zurück. Er konnte kaum sprechen, so war ihm der Schreck in die Glieder gefahren. Er konnte keine Furcht vor Elefanten, aber die giftigen Kriecher stößten ihm Entsetzen ein. Er wollte das scheußliche Tier verfolgen, brach einen Ast aus einem Busch und warf ihn auf die Schlange, die sofort wütend drauflosstieß. Wir hätten sie erlegen können, doch wir wollten die Elefanten nicht vergrämen.

Bei diesem Zusammenreffen hatten wir aber doch so viel Börm gemacht, daß die Dichtwälder munter geworden waren. Mit einemmal sahen wir uns von 20 oder 30 der riesigen Geschöpfe umgeben, die wütend trompeteten und schnaubten, krachend Bäume umrissen, sich gegenseitig drängten und fliehen und einen wahren Höllenlärm vollführten. Glücklicherweise entschlossen sie sich zur Flucht; in zwei Minuten waren sie verschwunden. Schmelzen konnte ich mich wieder herab. Selbst die Kobra machte sich davon.

Es war, als hätte uns ein fühlbar Schauer angeweht. Wir konnten ja nie sagen, ob der Tod, der uns bei unserer Arbeit in so vielerlei Gestalten umgab, uns die Hand auf die Schulter legen oder anständig vorbeischießen würde. Wenn er hier nach einem greißel, tut er das meist schnell und ohne vorherige Warnung.

Lage wird es schon reichen. Was toben Sie denn so, meine Herren, ich hätte wahrhaftig Lust, ein bißchen Wasser — —

„Hilfe, Hilfe — —“

„Wie? Sie können nicht schwimmen? Ich möchte doch nur Spaß, Herr Direktor, mein Anzug verträgt kein Wasser, und ich muß doch immer tadellos in Schale sein, nicht? Das Mikrophon muß ich Ihnen nun leider fortnehmen, den verehrten Damen und Herren haben Sie ja auch schon genug erzählt. Vielleicht hat oben der Profurist oder der Herr Oberkassierer noch einen Wunsch, vielleicht auch noch ein süßes Toppfräulein oder der Portier, vielleicht wollen sie den fünf Millionen Hörern auch noch etwas flüstern, du liebe Zeit, ich muß eben sehen, wie ich mir den besten Abgang verschaffe. Liebes Direktoren, genehmigen Sie meinen aufrichtigen Dank, ich werde nicht versäumen, Sie bei jeder Gelegenheit zu empfehlen, also — auf Wiederhören!“

„Achtung, Achtung, meine Damen und Herren! Wir geben nochmals bekannt, daß die für heute nachmittags anberaumte aktuelle Reportage aus der neubauten „Treasure-Bank“ wegen einer technischen Störung nicht stattfinden konnte. Wir danken Ihnen stattdessen ein lustiges Schallplattenkonzert. Im Anschluß hören Sie nun programmäßig einen Vortrag über „Das moderne Rüstzeug moderner Verbrecher“ . . .“

## Die Weltproduktion des Tees

Der Tee ist der gefährlichste Konkurrent des Kaffees. Besonders in den letzten drei Jahrzehnten hat der Teeverbrauch in immer stärkerem Maße zugenommen. Infolge dessen ist auch die Weltproduktion an Tee in den letzten 25 Jahren um rund die Hälfte gestiegen. Im Jahre 1927 hat sie mit 415 000 Tonnen ihren Höchststand erreicht. Das bedeutet gegenüber dem Jahre 1913 eine Zunahme um 16 Proz. Nach den Mitteilungen des Statistischen Reichsamtes in „Wirtschaft und Statistik“ zeigt auch die Erntestatistik für 1928 eine weitere Zunahme der Weltproduktion an Tee. Die Ursache dieser Steigerung der Teeernte der Welt in den letzten Jahrzehnten sind vor allen Dingen in der nachhaltigen Förderung der Teekulturen in Britisch- und Niederländisch-Indien durch die Regierungen der Mutterländer und in der Ausweitung des Teekonsums zu suchen. Gleichzeitig mit der Steigerung der Teeernte ist eine starke Verschiebung der Anteile der einzelnen Anbauländer an der Weltproduktion eingetreten. Die einst so mächtigen Teeländer China und Japan haben ihre frühere Bedeutung auf dem Weltmarkt verloren. Ihr Anteil an der Weltproduktion sank seit Anfang dieses Jahrhunderts um mehr als die Hälfte auf kaum ein Fünftel im Jahre 1927. China und Japan produzierten im Jahre 1927 nur noch 18 Proz. der gesamten Teeernte der Welt. Das Zurückdrängen der chinesischen und japanischen Teesorten auf dem Weltmarkt ist vor allem auf den Ausfall Rußlands als Großverbraucher von chinesischem Ziegeltee und auf die Bevorzugung schwarzer Teesorten aus Britisch-Indien, Ceylon und Niederländisch-Indien zurückzuführen. Die Teeproduktion Chinas ist von 94 000 im Jahre 1910 auf 53 000 Tonnen im Jahre 1928 zurückgegangen. 1900 betrug Chinas Anteil an der Welt-Teeernte noch fast 31 Proz., 1928 betrug er nur noch 12 Proz. Japan produzierte 1910 fast 20 000 Tonnen Tee, heute nur noch 10 000 Tonnen. Sein Anteil, der im Jahre 1900 über 10 Proz. betrug, betrug 1928 nur noch 4,8 Proz.

Die erste Stelle unter allen Anbauländern nimmt heute Britisch-Indien ein mit rund 40 Proz. der Weltproduktion. Die Zunahme der Ernte ist in der Hauptsache das Ergebnis der englischen Kolonialpolitik. Die Pflanzungen stehen unter Leitung von Europäern. Die Bearbeitung des geernteten Tees fügt sich auf die Ergebnisse der wissenschaftlichen Teeforschungsinstitute, die überall im Lande errichtet worden sind und in hohem Maße zur Verbesserung der einzelnen Teesorten beigetragen haben. Der bedeutendste Anbaubezirk ist die Provinz Assam in Nordindien, dort werden an den Südhängen des Himalaya-Gebirges die besten indischen Teesorten geerntet, die vier Fünftel der gesamten indischen Teeernte und mehr als ein Drittel der Weltproduktion ausmachen. Der Anbau erfolgt meist im Großbetrieb, während in Südbindien die mittleren Betriebe vorherrschend sind.

Auch auf Ceylon, das heute das zweitwichtigste Anbaugelände für Tee ist, ist eine Steigerung der Produktion erzielt worden. Ceylon produzierte 1910 82 000 Tonnen Tee, heute dagegen 107 000 Tonnen. In Britisch-Indien betrug die Steigerung in derselben Zeit fast 60 000 Tonnen von 116 000 auf 175 000 Tonnen.

Mit diesen beiden Anbaugeländern beherrscht England zwei Drittel der Welt-Teeproduktion. Seine überragende Stellung auf dem Teemarkt wird noch dadurch erhöht, daß der chinesische Teehandel zu neun Zehntel in englischen Händen ist.

Eine große Steigerung hat der Teebau auch in Niederländisch-Indien, in Java und Sumatra erfahren. Durch weitgehende Maßnahmen der holländischen Regierung wurde der Erntevertrag in den letzten 40 Jahren um das Zwanzigfache erhöht. Von der Produktion, die insgesamt etwa 75 000 Tonnen beträgt, entfallen fast neun Zehntel auf Java. Auch in Niederländisch-Indien herrscht im Teebau der Großbetrieb vor.

Der Rückgang der chinesischen Teeproduktion ist, wie bereits erwähnt, vor allen Dingen auf den Ausfall des russischen Absatzmarktes zurückzuführen. Erst in den letzten Jahren, in denen in Rußland der Teeverbrauch wieder steigt, zeigt sich auch wieder eine Zunahme der Teeproduktion. Im Gegensatz zu den anderen Anbauländern herrscht in China der Kleinbetrieb vor. Seine rückständigen Anbau- und Bearbeitungsmethoden sind die Hauptursachen dafür, daß der chinesische Teebau mit den großen Anlagen der britischen und niederländischen Kolonien nicht Schritt halten konnte.

Auch in Japan sind die Teernten stark zurückgegangen, da auch die japanischen ebenso wie die chinesischen Teesorten dem Geschmack der ausländischen Teekonumenten nicht mehr entsprechen. Die durch die Industrialisierung Japans gestiegenen Löhne verteuerten die Teeproduktion und beeinträchtigten die sorgfältige Behandlung des Tees. Die Versuche, die teuren Arbeitskräfte durch Maschinen zu ersetzen, schlugen fehl.

Ein Museum für den größten sibirischen Bildhauer. In Ugra soll ein neuer Kunspanion gebaut und der bisherige in ein Reichsarchiv-Museum umgewandelt werden. Die Werke des berühmten sibirischen Bildhauers sind bisher in seinem Agrarwerk aufgestellt und daher der breiteren Öffentlichkeit wenig bekannt. Mit dem neuen Museum, das auch Werke anderer sibirischer Künstler aufnehmen soll, denkt man auch für den Fremdenverkehr eine neue Anziehung zu schaffen.

## Max Bernardi: Der Funkreporter

„ . . . und nun, meine Damen und Herren, begeben wir uns in das Wichtigste der Bank, zu dem von meterdicken Eisenbetonmauern geschützt behüteten Goldschatz zwölf Meter unter der Erde. Die Anlage der Tresoren ist nach modernsten Richtlinien erfolgt und wurde, wie Ihnen bereits lebenswunderwürdigerweise der Herr Bankdirektor auseinandergesetzt, mit einem ungeheuren Kostenaufwand bewerkstelligt. Dafür besitzt nun die „Treasure-Bank“ ein unbedingt bomben-, feuer- und diebstahlsicheres Schatzgewölbe, dem wir alle mit vollem Vertrauen — bitte, Herr Direktor, mir scheint, Sie wünschen unseren Hörern noch etwas mitzuteilen?“

„Aberdings. Ich wollte noch erwähnen, meine sehr verehrte Hörschaft, daß bisher noch kein Fremder das Tresorgewölbe unserer Bank betreten hat, indem daß es das Reglement unseres Instituts ein für allemal streng verbietet. Eine sinnreiche Prekautionsanlage ermöglicht den reibungslosen Verkehr von unseren Kassenschaltern im Parlerie nach den Kessergeldschranken, ohne daß ein Beamter oder gar ein Kunde direkten Zutritt zu den Gelddepots erlangt. Ein einzelner Beamter beherrscht mittels weniger Handgriffe den Mechanismus der hydraulischen Pressen. Wenn also heute eines Fremden Fuß — ich bitte um Verzeihung, Herr Reporter —“

„Aber ich bitte sehr, Herr Direktor, fahren Sie fort!“

„ . . . ausnahmsweise eines Fremden Fuß bis zu den Panzergehäusen vordringt, so geschieht dies, um Sie alle, meine Damen und Herren, durch Ihren ausgezeichneten Funkreporter von der bedingungslosen Sicherheit aller uns anvertrauten Gelder und Kostbarkeiten eindringlich zu überzeugen. Besser als alle Zahlen und Daten hierüber wird Ihnen, meine verehrte Hörschaft, der in direkter Anblick durch das Auge des Mikrophons (wie sich Ihr Herr Funkreporter so treffend ausdrückt) eine Vorstellung von der Macht unseres Schatzgewölbes übermitteln.“

„Meine Damen und Herren, der Herr Bankdirektor übernimmt nun persönlich die Führung, wir stehen wieder im Lift, das uns jetzt in rasender Geschwindigkeit mehrere Stockwerke unter die Erde führt. Der letzte und wohl der interessanteste Teil unserer Bankhaus-Expedition steht bevor. Schon sind wir angelangt, wir stehen in einem hell erleuchteten Gang, der nicht im geringsten kellerartig wirkt, vielmehr wie eine langgestreckte Tanzbühne mit verschwiegene Sektischen. Wir schreiten auf einem roten Teppich dahin, der jeden Laut schluckt, rechts und links in den Wänden Champagnerfogon — nein, Stahlpanzertüren in dicken Betonmauern. Ein uniformierter Beamter melde sich militärisch bei seinem höchsten Chef, er wird alle vier Stunden abgeprüft und muß sich, ähnlich Gold- und Diamantenwächtern, nach Beendigung der Arbeit im oberen Stockwerk stiller Nacht einer Wüste unterziehen, worauf er dann in seine Zivilkleidung schlüpft. Von Geld oder irgendwelchen anderen Werten ist vorläufig nichts zu sehen, nur eine doppelte Front glänzender Stahlpanzertüren, die angeblich auch kein Sauerstoffgebläse fürchten sollen. Der Beamte zeigt uns eine Sicherheitsvorrichtung, die sowohl zur Bekämpfung von Feuer als auch zur Unfeindlichmachung verwehener Bankseinbrecher, die vielleicht durch Unterfütterung des Tresorgewölbes in die Schatzkammer eingedrungen sind, hervorragende Dienste leisten wird. Durch Druck auf einen

Knopf, der ganz versteckt an der Wand hinter mir angebracht ist, kann in wenigen Minuten das ganze Tresorgewölbe unter Wasser gesetzt werden. Einbrecher, die sich der Schatzkammer als Maulwürfe nähern würden, müßten selbst auf der Flucht in ihrem eigenen Stollen erstickend ertrinken. Von den vielen anderen Schutzvorrichtungen gegen einen unerwarteten Ueberfall von außen her zeigt mir der Herr Bankdirektor noch ein eisernes Gitter, das durch einen Hebel aus dem Erdboden ausgelöst wird und blitzschnell zur Decke schnell und so den natürlichen Ausgang unvermerkt sperrt. Der Beamte tritt jetzt an das am Ende dieses geheimnisvollen Schatzkammer gelegene Schalter. Wie durch Zauberkraft öffnen sich der Reihe nach alle Tresoren. Aus dem Inneren der stählernen Ueberbleiben sich, durch unsichtbare Kraft getrieben, metallene Tischplatten, auf welchen in sauber gebündeltem Zustande Banknotenpäckchen ein flüßiges Dolein verträumen. Eine Panzertür nach der anderen öffnet sich durch geheimnisvolle Macht mit unwiderstehlicher, zäher, langjamer Kraft. Gold- und Silberbarren zu kleinen Bergen geschichtet, Juwelen, Schmuck, Gemälde, Briefmarkensammlungen, Dokumente, Affen, Mägen und immer wieder Banknotenpakete aller Herren Länder. Ein Taumel mag einen bei diesen ungeheuren Schätzen, die plötzlich wie auf einem Präsentierteller dargeboten scheinen, ergreifen. Die ganze Kriegsgeld ließe sich mit einmal bezahlen, und Ihnen, meine Damen und Herren, und auch mir möchte ich nur einen ganz kleinen Teil davon wünschen. Da brauchen Sie nicht zu haule in Ihren engen Stuben zu hocken und die langweilige Reportage eines armen Teufels am Mikrophon mit anzuhören, und ich brauchte mich nicht mit vollgefressenen Bankdirektoren herumzuschlagen —“

„Wie? Was erlauben Sie sich für schlechte Scherze, mein Herr!“

„Schlechte Scherze? — Arrrrrrrr!“

„Hilfe, Ueberfall!“

„Ruhe, sonst laß ich das Wasser einströmen. Meine Damen und Herren, ich habe das eiserne Schutzgitter ausgelöst, Herr Bankdirektor samt treuen Beamten befinden sich dahinter — Zoologischer Garten — ja —“

„Hilfe, Hilfe! Sie Schurke! Räuber — Mörder — Diebe!“

„Na schön, schreien Sie sich die Lunge aus, ich hänge Ihnen das Mikrophon ans Gitter, kommen Sie nicht zu nahe daran, sonst verfehlt Sie unsere liebe Hörschaft schlecht.“

„Zum Teufel mit Ihrem Mikrophon, Sie Betrüger, Schwindler, Bankdi! Wenn ich nur an die Alarmierung heran könnte —“

„Ja, das können Sie eben nicht, Direktoren, das ist schon alles so sinnreich konstruiert. Ihr treuer Beamte ist übrigens der Tischfigere, die Tresoren beginnen sich schon wieder zu schließen, ich habe keinen Augenblick zu versäumen, hier der Devisenmarkt —“

„Hände weg —“

„Dank sehr für die Aufmerksamkeit, Herr Direktor, aber so schnell schließt sich die Türe ja nicht, ich werde mir schon nicht die Finger krummen, Dannermetter, man hat immer noch viel zu wenig Tischen, für die paar Millionen lohnt sich der Spaß so kaum; was ist denn das? Taufendmarktscheine! Na schön, rin in die Westentasche, Kleingeld muß man auch haben. Schluß, für die nächsten

